

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe  
nummer **39**

Juni/Juli 2008

**Nur noch Konsummeile und Vergnügungspark  
Wem gehört die Stadt?**

**Wie viele Planeten brauchen wir für unseren Lebensstil?**

**Schluss mit dem *Nahtzischeiss***

**Der Fall Kurt Blanke  
"Schade, dass man das  
damals nicht gelesen hat"**

**Die Sozial-  
betrüger sitzen  
in Celle im Amt  
Über 3 Millionen  
Euro zu wenig  
an Hartz IV  
-Empfänger gezahlt!**



## INHALT

|  |    |
|--|----|
| Nur noch Konsummeile und Vergnügungspark<br>Wem gehört die Stadt? . . . . .Seite   | 03 |
| Wie viele Planeten brauchen wir für<br>unseren Lebensstil? . . . . .Seite  | 05 |
| Schluss mit<br>dem Nahtzischeiss . . . . .Seite  | 06 |
| Übergriffe von Neonazis<br>in Hermannsburg . . . . .Seite  | 07 |
| Leserbrief<br>Kosovo . . . . .Seite  | 08 |
| Buntes Haus<br>Viel Rauch um nichts? . . . . .Seite  | 09 |
| Der Fall Kurt Blanke<br>"Schade, dass man das damals<br>nicht gelesen hat" . . . . .Seite                                    | 10 |
| Newroz-Delegation 2008<br>Es rollten die ganze Zeit Panzer durch<br>die Stadt ... .Seite                                     | 13 |
| Neue Soziale Bewegungen in Celle (6)<br>Einschüchterung und Zensur:<br>Das Verbot der<br>Schülerzeitung "bi" 1971 . . .Seite | 15 |
| Lokales - Meldungen . . . . .Seite   | 20 |
| Vier Celler Neonazis verurteilt<br>Nach Jagd auf Kurden . . . . .Seite   | 23 |
| Die Sozialbetrüger sitzen in<br>Celle im Amt - Über 3 Millionen<br>Euro zu wenig an<br>Hartz IV-Empfänger gezahlt! . .Seite  | 24 |
| Literatur<br>Der neue Celle-Krimi<br>Die Schwestern im Jenseits . .Seite   | 26 |
| Termine . . . . .Seite   | 27 |

Hallo liebe Leute,

**Sommer - in der Sonne liegen  
und die revista lesen. Gibt's  
was Schöneres?  
Ja, ein Eis dazu,  
oder ein kühles Bier.  
Das wünschen wir Euch.  
Aber vergesst nicht, am 21.06.  
nach Eschede zu kommen.**

**Wir sehen uns**

**Eure revista-Reaktion**

### Die Top-Story der Ausgabe?

Diesmal gab's irgendwie nur ein, zwei ernstzunehmende Kandidaten für die sonst an dieser Stelle zu findenden "Lieblinge der Ausgabe" - deshalb diesmal ein "Contest":

Wer uns bis zum 30. Juni 2008 eine mail schickt und darin den für sie/ihn "besten" Artikel nennt, kann gewinnen:

- das Buch von Hartmann/Geppert: "Cluster"
- die CD "Lagos stori plenti" - Urban Sounds from Nigeria
- die (im Buchhandel vergriffene) Broschüre "Celle im Nationalsozialismus" von Rohde/Wegener.

Wer für einen der drei Preise eine Präferenz hat, kann dies angeben: Wir versuchen's nach der Auslosung der drei GewinnerInnen zu berücksichtigen. Diese werden selbstverständlich im nächsten Heft NICHT namentlich genannt, aber: Vielleicht teilen wir Euch das Ranking der "interessantesten" Artikel mit.

### Impressum:

Revista, Nr. 39

Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).

Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle

email: [Revista@gmx.de](mailto:Revista@gmx.de) .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner

Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001

K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

# Wem gehört die Stadt?



Celle ist abgehängt in der Konkurrenz der Städte. Eigentlich nichts Neues, denn der Knackpunkt liegt ja rund 300 Jahre zurück - als nämlich das herzogliche Adelspack das Schloss verließ. Rückwärts gewandt schmückt man sich seit knapp 100 Jahren mit Etiketten wie "Herzog-" oder "Residenzstadt", die aber aus der Provinz kaum mehr machen als eine Provinz mit Geschichte. Nun soll ja neuerdings die Stadt nicht mehr Stadt sein, sondern eigentlich mehr eine Firma. Und da regiert, wie uns allen im Gemeinschaftskundeunterricht eingetrichtert wurde, der Wettbewerb. Auch dabei haben unsere Oberen nicht gerade einen "Royal Flash" auf der Hand. Hannover und Braunschweig/Wolfsburg sind nicht nur wegen ihrer Erstligaclubs um weit mehr als eine Nasenlänge voraus. Doch auch der Kleinunternehmer muss sich am Markt behaupten - und sei es in Nischen. Das wertschaffende Kerngeschäft soll dabei in der "Vermarktung" der Altstadt als Konsum- und Touristikzentrum liegen. Und darum, wie man da mehr Schwung reinbekommt, geht seit einiger Zeit der Streit. Die Frage "Einkaufstempel ja oder nein" ist dabei nur eine Ebene. Die andere wurde gerade entlang der Themen Festivalstadt, EM-Public-Viewing, Eintritt für Stadtfeste, Alkoholverbot, störende Punks und Aufenthaltsverbote für "Kriminelle" durchgehechelt.

Der Kern wurde dabei nur selten berührt oder ausgesprochen, nämlich: Wem gehört die Stadt? Immer deutlicher wird dabei: zumindest nicht den EinwohnerInnen in ihrer Gesamtheit.

Dass die Möglichkeiten der Aneignung öffentlicher Räume je nach sozialer Lage unterschiedlich verteilt sind, ist nichts richtig Neues. Gern würden die City-"Manager" zum Beispiel überall auf Bänke und andere Sitzgelegenheiten verzichten, wenn man nicht auch für die Touristen mal ein kostenloses Plätzchen zum Verschnaufen vorhalten müsste. Denn wer sich sonst dort sammelt, ist eher unerwünscht. Im vergangenen Herbst noch musste die CDU ihren Jungstar Frank Pillibeit zwar fallen lassen, weil er u.a. ungeschickterweise seinen Vorschlag von öffentlichen Trinkverboten mit der Rede von "alkoholisierten Pennern" und "herumlungernden - zumeist ausländische - Jugendlichen" verband. Im März beantragte die CDU-Fraktion dann aber selbst ein "Alkoholverbot im Öffentlichen Raum": "Die Stadt Celle verbietet den Konsum von alkoholischen Getränken auf öffentlichen Straßen und Plätzen außerhalb der zugelassenen Gastronomie. Angemeldete Veranstaltungen und Brauchtumsveranstaltungen werden von dem Verbot nicht erfasst." In der Begründung ist die Rede von

mit den "Trinkgelagen" verbundener "Verschmutzung des öffentlichen Raums" und "Exzessen mit massiven körperlichen Gewalttätigkeiten". Über den Antrag wurde bisher nicht beraten. In die gleiche Kerbe haut ein Artikel in der Celleschen Zeitung, der einen Punkertreffpunkt "problematisiert". Als "Brauchtumsveranstaltung" ordnet man im Rathaus ein alldiensttägliches Meeting von Punks im Zentrum der Altstadt wohl nicht ein. "Im Hinblick auf die Touristen ist das nicht so schön", gab die 1. Stadträtin Susanne Schmitt zu Protokoll. Eine rechtliche Handhabe sah sie nicht. Käme das von der CDU beantragte Alkoholverbot, wäre aber der Konflikt programmiert und die Verdrängung von Punks aus dem innerstädtischen öffentlichen Raum auf der Tagesordnung.

Über Innenstadtverbote in Celle berichtete jüngst die "taz" (bei uns war es schon in der Ausgabe Nr. 18 von 2003 zu lesen). In 31 Fällen habe die Polizei seit 2005 ein Aufenthaltsverbot für die (Alt-)Stadt ausgesprochen, bewehrt mit der Androhung eines Zwangsgeldes von 250 bis 1.000 Euro. Grundlage ist eine - wie die "taz" schrieb - "kreative Umwidmung" des "Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung" (NSOG). Betroffen waren vor allem Menschen, die Diebstähle - meist als Beschaffungskriminalität - begangen hatten. Was in der Celler Stadtverwaltung als "Baustein der Prävention" gesehen wird, kann man aber genauso gut als gravierende Grundrechtseinschränkung kritisieren, denn der Art. 11 GG garantiert ja eigentlich sowas wie "Freizügigkeit" (wenn auch nur für alle Deutschen). Aber den gedanklichen Rahmen setzt Innenminister Schäuble, der an vielen Fronten daran arbeitet,

die Strafbarkeit in das Vorfeld einer Straftat zu verlegen. Der nebenstehend dokumentierte Kommentar aus der "taz" ist zwar ganz witzig, nimmt aber die Grundrechtsverletzung auf der anderen Seite vielleicht nicht ernst genug.

Doch es geht nicht allein um "Störfaktoren". Auch wer als Konsument nicht taugt, soll bleiben, wo der Pfeffer wächst. Einen Fingerzeig darauf gibt die Diskussion um Zwangseintrittsgelder bei Events im öffentlichen Raum. Wenn nämlich darum diskutiert wird, ob bei Veranstaltungen wie dem Altstadtfest Eintrittsgelder genommen werden sollen, geht es beileibe nicht nur um die Finanzierung. Ein Eintrittsgeld dient - wie jeder Veranstalter weiß - auch dazu, von vornherein das Publikum zu sortieren. Die "überflüssigen" Armen sind insoweit gar nicht mehr die Zielgruppe von "Brot und Spielen". Bei Laune gehalten werden sollen jene, die es sich noch leisten können - und das möglichst störungsfrei.

Aber es sind auch andere widerstreitende Momente. Denn



zusätzlich gibt es aus der Perspektive der "Macher" auch eine Konkurrenz zwischen Einwohnern und Touristen. Ohne jede seriöse Kostenschätzung soll nach dem Willen von OB Biermann Celle zur Festivalstadt aufgeblasen werden. Die Überdachung des Schlossinnenhofes dient einzig diesem Zweck. Wer sollen die Festivalbesucher sein? Vor allem gutbetuchte Auswärtige. Diese anzulocken, ist genügend Geld da. Man muss kein Prophet sein, um eine Subventionierung von mindestens 50 Euro pro BesucherIn zu kalkulieren.

Was dagegen nicht mehr subventioniert werden soll, sind die "Massen"-Events. Nach einem kuriosen Hin- und Her (vor allem in der CDU-Fraktion) verzichtete die Stadt letztlich auf das Angebot eines so genannten Public-Viewing der Fussball-EM. 100.000 Euro hätte die öffentliche schwarz-rot-goldene Trunkenheit gekostet. Das sei, so Biermann, angesichts der Finanzlage der Stadt nicht zu verantworten. Letztlich werden hier Prioritäten gesetzt: für ein Projekt der "Hochkultur" und gegen ein "Populärevent", und eben auch eine für "Touristen" und gegen die "Einwohner".

Altstadtfest und Streetparade - die beiden großen Publikumsveranstaltungen - sollen nach dem Willen der veranstaltenden "Tourismus Region Celle (TRC)" künftig auch durch Eintrittsgelder finanziert werden. Im Gespräch sind fünf Euro für beide Tage, drei Euro für einen. Bisher wurde ein freiwilliger "Obolus" erhoben, den aber scheinbar zuletzt nur jeder Zehnte zu zahlen bereit war. So sind laut TRC-Aufsichtsrat seit 2001 beim Altstadtfest Defizite von insgesamt 290000 Euro aufgelaufen. Im politischen Raum sind Teile der CDU wie auch die Verwaltungsspitze für die Zwangsabgabe, wo man aber rechtliche Umsetzungsprobleme sieht. SPD und Grüne dagegen äußerten sich ablehnend. Rejmann (SPD) schlug vor, die Gastronomie stärker zu beteiligen, die schließlich profitieren würde. Auch hier wieder begegnen wir dem Problem unterschiedlicher Interessen. Die TRC und CDU setzen drauf, dass die Veranstaltungen eine "Strahlkraft" entwickeln und "Auswärtige" nach Celle locken. Wenn dies das zentrale Ziel ist, sollte man die Finanzierung wirklich Einzelhandel, Gastronomie und Tourismusbranche übernehmen lassen. Für die Streetparade gilt dies sicherlich

mehr als für das Altstadtfest. Letzterem hat die Professionalisierung der letzten Jahre im übrigen nur geschadet: Angeheuert werden zumeist drittklassige Acts mit überschrittenem Verfallsdatum, die sich nur noch mit ihren Gagen auf der Höhe der Zeit befinden. Und das "Dschungel-Camp"-Niveau, auf dem nebenbei die Wahl einer "Miss Barock" durchgeführt wird, ist nur noch peinlich. Mit wem auch immer man zuletzt sprach: Die Leute gehen eigentlich nicht wegen, sondern trotz des Programms hin. Das Altstadtfest (wieder) zu einer Veranstaltung für die Einwohner zu machen, könnte eben auch heißen: Weniger Kosten durch ein auch ohne "Namen" anspruchsvolleres Programm, anteilige Finanzierung durch Stadt und Stände.

Aber Eventkultur wird in Celle ausschließlich aus der Perspektive "Standortmarketing" gesehen - die Anbindung an die TRC sagt eigentlich alles. Dem werden selbst Aspekte untergeordnet, die in der Konkurrenz der Städte (auch) eine Rolle spielen: Der Erlebniswert einer Region, wird behauptet, sei heute durchaus ein Faktor für die Ansiedlung von Betrieben, weil hiervon in gewissem Maße die Rekrutierung qualifizierten Personals abhängig sei (das ist - um Missverständnisse zu vermeiden - nicht unser Blickwinkel).

Der innerstädtische Raum sollte mehr sein als Konsummeile und Vergnügungspark. Die Altstadt war bisher auch ein sozialer Ort, der für sehr unterschiedliche Gruppen attraktiv ist. Neben den direkten Bewohnern der Fachwerkhäuser sind es nicht nur Käufer und Touristen. Innenstadt ist immer "der" Treffpunkt. Für die Kino- oder Kneipengänger genauso wie für Jugendliche (aus subkulturellen und migrantischen Milieus). Denn auch in der Provinz ist in der Mitte immer noch mehr los als an den Rändern. Das alles ist selbstverständlich nicht konfliktlos zu haben, aber: Die Verdrängung der sowieso Marginalisierten aus diesem letzten für sie halbwegs attraktiven öffentlichen Raum, nämlich dem innerstädtischen Gewusel, würde der ordnenden (Aus-)Sortierung von Menschen weiter Vorschub leisten.



Die TAZ kommentierte die von der Stadt Celle geübte Praxis der "Aufenthaltsverbote" am 19.05.2008 so:

## Aufenthaltsverbote

### Wer will schon nach Celle?

Dass die Celler Stadtverwaltung in Sachen Aufenthaltsverbot eine etwas krude Rechtsauffassung vertritt, ist offenkundig. Um Ladendiebstähle zu ahnden, gibt es Gesetze und Richter. Hier aber wird mit der Stadtverbannung eine Doppelbestrafung vorgenommen.

KOMMENTAR  
VON KAIJA KUTTER

Vor Gericht hätte so ein Aufenthaltsverbot in den höheren Instanzen wohl nicht lange Bestand. Zum Glück für die Celler Granden hat sich von den 31 Männern und Frauen, die seit dem Jahr 2005 aus der Stadt verbannt wurden, noch keiner ernsthaft gewehrt. Prozesse führen Wohlhabende eher als prekär Lebende. Wer in einem Laden stiehlt, wird wiederum nicht gerade mit dem Geld für Anwaltshonorare gesegnet sein. Celle wirbt emsig um Touristen: Die Stadt habe "jahrhunderte alte Fachwerksarchitektur" und ein "unverwechselbares Flair" und sei zudem eine "moderne Einkaufs- und Kongressstadt", deren Besuch für Heide-Urlauber der "Höhepunkt" sei. Überlegen sollte sich die Stadtverwaltung dringend, wie weit sie ihren Kleinkrieg noch treiben möchte: Spricht sich herum, dass in der Stadt nicht nur mittelalterliche Architektur zu besichtigen ist, sondern auch aus dieser Epoche stammende Formen der Freiheitsbeschränkung, könnte dies auch den ein oder anderen Touristen zur Frage bringen: "Celle, will ich da überhaupt hin?"

# Wie viele Planeten brauchen wir für unseren Lebensstil?

Am 10. Mai nahm der Weltladen Celle den Weltladentag 2008 zum Anlass, vor dem hiesigen Ladengeschäft in der Zöllnerstraße 29 mit einem Stand über das diesjährige Weltladen-Thema "Fairer Handel schafft gutes Klima" zu informieren.

Natürlich stellten Interessierte die Frage: Warum ausgerechnet "fairer Handel", die Waren kommen doch von weither und der Transport trägt zum CO<sub>2</sub> Ausstoß bei? Nils vom Weltladenvorstand antwortete: "Wer wird die Folgen des Klimawandels zuerst spüren? Es werden die Ärmsten in den Regionen sein, in denen unsere Handelspartner leben und arbeiten. Die Menschen, die übrigens den Klimawandel nicht verursacht haben. Dieser ist, wie wir ja alle wissen, von den Industrieländern mit ihrer Art der Produktion geschaffen worden. Nun müssen ihn die Ärmsten im wahrsten Sinn des Wortes 'ausbaden', denn ihre Länder und Inseln werden überflutet. Auch die Dürren und Stürme liegen in den Regionen der Welt, aus denen die Weltläden ihre Waren beziehen. Wenn wir den Kleinbäuerinnen und Kleinproduzenten ihre Waren zu einem fairen Preis abkaufen, unterstützen wir die Bekämpfung der Armut, auch des Hungers. Dadurch kommen sie in die Lage, selbst zu entscheiden, was sie z.B. in Zukunft anbauen wollen. Die kleinteilige Produktion findet inzwischen auch meist in ökologischer Anbauweise statt, was wiederum zum Klimaerhalt beiträgt. Fair gehandelte Produkte werden oft klimafreundlicher hergestellt als vergleichbare konventionelle, zum Beispiel Bio-Bananen aus Ecuador. Sie werden ökologisch in Mischkultur angebaut. Das ist gut für die Artenvielfalt, erhält fruchtbaren Boden und schützt Wälder. Und die Produzentinnen investieren den Mehrerlös aus dem fairen Handel unter anderem auch in Umweltschutzmaßnahmen."

Thematisch dazu passend, verteilten die Weltladenmitarbeiterinnen Bananenstückchen und sie boten Leitungswasser an, hier eine Selbstverständlichkeit, aber in vielen Regionen der Welt eine Mangelware.

Die Celler Greenpeace-Gruppe hatte sich dem Weltladentag angeschlossen und informierte über klimafreundlichen Strom. Auf einer Stellwand waren verschiedene große Fußabdrücke zu sehen und die Mitarbeiter verteilten Fragebögen der BUNDjugend, auf denen sich Interessierte ihren "ökologischen Fußabdruck" ausrechnen konnten: Wie viele Planeten bräuchten wir für unseren Lebensstil?

Denn dem Menschen steht nur eine begrenzte Fläche zur Verfügung - für die Agrarproduktion und den

Fischfang, zur Wasserversorgung, als Wohn- und Verkehrsfläche, zur Gewinnung von Energie, für den Bergbau, zur Müllentsorgung oder zur Produktion von Sauerstoff und zum Binden von Kohlendioxid - kurz: Die Ressourcen sind nicht unendlich. Nur etwa ein Viertel der Erdoberfläche gilt als produktive Land- oder Meeresfläche. Bei etwa sechseinhalb Milliarden Menschen stehen pro Erdbewohner rechnerisch derzeit knapp 1,8 ha Fläche zur Verfügung, um alle lebensnotwendigen Funktionen zu ermöglichen. Das ist die Biokapazität oder der "ökologische Fußabdruck", den sich die Menschheit leisten kann. (WWF-Living Planet Report 2006)

Nach den Berechnungen des WWF braucht ein Durchschnittsbürger beim derzeitigen Lebensstil rund 2,2 ha. Damit lebt die Weltbevölkerung über ihre Verhältnisse - allerdings regional sehr unterschiedlich. Europa benötigt statistisch betrachtet rund 4,8 ha pro Einwohner, verfügt selbst aber nur über eine Biokapazität von 2,2 ha. In Lateinamerika beansprucht ein Mensch durchschnittlich zwei Hektar - zur Verfügung stehen dort 5,4 ha. Besonders gravierend ist der Flächenbedarf pro Einwohner in den USA. Ein US-Bürger beansprucht rund 9,6 ha. Im Land selbst sind nur 4,7 ha pro Einwohner vorhanden.

Noch 1960 nutzte die Menschheit nur etwa die Hälfte der vorhandenen Biokapazität. Schon 25 Jahre später schöpfte die Erdbevölkerung bereits alle Kapazitäten voll aus. Heute bräuchten wir etwa eineinviertel Planeten, um längerfristig im gleichen Stil weiterleben zu können. Hält die Entwicklung an, wird der Flächen- und Ressourcenbedarf binnen 50 Jahren doppelt so hoch sein wie die Biokapazität der Erde. Die Menschen bräuchten dann eigentlich zwei Planeten, um ihren Bedarf zu decken.

So wurde am Weltladentag in Celle deutlich gemacht, dass das Thema Klimaschutz vor allem auch ein Nord-Süd-Thema ist und die Bevölkerungen im Norden sich einer Kritik an ihren "Bedürfnissen" stellen müssen.

CDN



# Schluss mit dem Nahtzischeiss



Am 21.06. ist Sommersonnenwende. Dann werden nicht nur wieder die Tage kürzer, dieses Datum wird traditionell von Neonazis genutzt, um "germanisches Brauchtum" abzufeiern. Es ist zu befürchten, dass eine entsprechende Veranstaltung wieder bei Joachim Nahtz in Eschede stattfinden wird.

Doch diesmal wollen aktive AntifaschistInnen dies nicht un widersprochen durchgehen lassen.

Die Antifaschistischen Aktionen Celle und Lüneburg / Uelzen haben für den 21.06. eine Demonstration angemeldet, die sich gegen die wiederholten Nazitreffen bei dem NPD-Mitglied Nahtz richtet. Der Hof des seit den 1950er Jahren in Eschede ansässigen Landwirts hat sich zu einem der wichtigsten Nazitreffpunkte Norddeutschlands entwickelt. Die NPD-Mitglieder, Nazis aus sog. Freien Kameradschaften u.a. konnten sich auf diesem Privatgelände bisher ungestört treffen, um sich zu schulen, zu vernetzen und Aktionen zu planen.

Doch diese Ruhe soll ihnen nun genommen werden. Alleine die Anwesenheit von vielen AntifaschistInnen und hoffentlich auch etlichen BürgerInnen aus Eschede und dem Rest des Landkreises, die die Nase voll haben von dem Treiben auf dem Nahtz-Hof, verhindert einen ungestörten Ablauf der Nazifeier. Die Demonstration beginnt um 14:30 am Escheder Bahnhof und soll möglichst nah an das Gelände von Nahtz heranzuführen. Leider muss man heutzutage ja immer betonen, dass die Demonstration friedlich verlaufen soll. Eigentlich ist das ja selbstverständlich, denn wenn sich Menschen körperlich mit Nazis auseinander setzen wollten, würden sie das ja wohl kaum vorher beim Landkreis anmelden. Aber entsprechende Presseartikel, die friedlichen Protest in "Gewalt" umdeuten, machen es leider notwendig, auf die gewaltfreie Absicht der Demo-VeranstalterInnen hinzu weisen. Dies haben die Antifaschistischen Aktionen Celle und Lüneburg / Uelzen auch in einem Anschreiben an Escheder BürgerInnen getan, verbunden mit der Einladung, an der Demonstration teilzunehmen.

Im Vorfeld der Demonstration gibt es einige Informationsveranstaltungen:

Am Mittwoch dem 11.06. findet um 19:00 Uhr im Bunten Haus eine Mobilisierungsveranstaltung zur Demo am 21.06. statt. Die Veranstalter, die Antifaschistischen Aktionen Celle und Lüneburg / Uelzen, werden über die politischen Ziele und den Verlauf informiert sowie über den dann aktuellen Stand.

Am Montag dem 16.06. findet um 19:00 Uhr im Scharnhorster Gasthaus "Zur Post" eine Veranstaltung mit Pastor Klaus J. Burckhardt und Pfarrer i.R. Hartmut Bartmuß zum Thema "Rechtsextremismus auf dem Lande" statt. Veranstalter ist das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Warum zwei Pastoren, werden sich jetzt sicher einige fragen. Wer sich an Hetendorf erinnert und an den Widerstand eines

doch recht breiten Bündnisses, kann sich sicher noch an Herrn Bartmuß erinnern. Er war maßgeblich am letztlich erfolgreichen Widerstand gegen das Nazizentrum in Hetendorf beteiligt, nach seinem Wegzug 2003 engagierte er sich an seinem neuen Wohnort weiter gegen Neonazis und war auch an Einsätzen im Rahmen der Aktionen gegen Riegers Aktivitäten in Dörverden beteiligt.

Pastor Klaus J. Burckhardt, Leiter der Arbeitsstelle Friedensarbeit im Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, hatte sich auch schon gegen das Nazizentrum in Hetendorf engagiert. Er hat als Leiter der o.g. Arbeitsstelle Friedensarbeit im Oktober einen Praxistag mit dem Titel: "Wir erobern die Städte vom Lande aus - Umgang mit Strategien des Rechtsextremismus" in Hermannsburg organisiert. Die Absicht des Forums ist es, möglichst Leute von vor Ort - also Escheder BürgerInnen - anzusprechen, und von den Pastoren deren Erfahrungen mit Bündnissen und Widerstand gegen Rechts zu hören und gegebenenfalls zu profitieren.

Am Mittwoch, dem 18.06. um 19:00 Uhr findet eine Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Celle im Bunten Haus statt. Die Journalistin Andrea Röpke, die 2007 zusammen mit zwei weiteren Journalisten den Medienpreis "Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen" erhalten hat, weil sie seit vielen Jahren in der rechten Szene mit unermüdlichem persönlichen Einsatz und anerkannter fachlicher Qualifikation recherchieren, hält einen Vortrag über die "Heimattreue deutsche Jugend (HDJ)".

Alles zusammen deutet darauf hin, dass es mit der Ruhe für Herrn Nahtz ein Ende hat. Nazitreffen, auch wenn sie auf seinem Privatgelände stattfinden, sind nun wirklich keine Privatsache. Das gemeinsame Ziel der Antifaschistischen Aktionen Celle und Lüneburg / Uelzen und des Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus ist es, dass mit den Nazitreffen endlich Schluss ist!



<http://www.schlussmitnahtzischeiss.tk/>

# Übergriffe von Neonazis in Hermannsburg

In Hermannsburg gibt es seit geraumer Zeit eine Gruppe junger Neonazis. Einige von ihnen nahmen an der Nazidemonstration am 09.12.2006 in Celle teil. Trafen sich die jungen Nazis zuerst in dem sogenannten "Bunker 88", einer Scheune in Neubarmbostel, so treten sie jetzt immer provokativer auf. Rechte Sprühereien, Drohungen und Pöbeleien scheinen schon zum dörflichen Alltag zu gehören. Um darauf aufmerksam zu machen, führten am 14. März dieses Jahres engagierte HermannsbürgerInnen eine Mahnwache durch, an der sich knapp hundert Personen beteiligten. In der Celleschen Zeitung erläuterten sie: "Das kaum ein Wochenende (vergeht), an dem in Hermannsburg und Umgebung nicht Zwischenfälle im rechten Lager zu verzeichnen sind".

So wundert es auch nicht, dass Ende April ein 21-Jähriger in Polizeigewahrsam genommen wurde, nachdem er mit Freunden aus seiner Wohnung in Baven (bei Hermannsburg) heraus rechtsextremistische und ausländerfeindliche Parolen skandiert hatte. Als die Polizei mit mehreren Streifenwagen auftauchte, hatten sich die "Kameraden" bereits aus der Wohnung entfernt. Die Neonazis im Alter von 20 bis 27 Jahre kamen aus Hermannsburg, Bergen und Celle. Gegen den Beschuldigten wurde ein Strafverfahren wegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger

Organisationen eingeleitet. Bereits einige Tage zuvor wurde ein "tatverdächtiger" 24-jähriger Neonazi ermittelt, dem vorgeworfen wird, "Nazi-Graffiti" gesprüht zu haben. Der polizeibekanntere Mann ist erst dieses Jahr nach Hermannsburg gezogen. Bereits im September letzten Jahres sorgten zwei Nazifrauen bei einer Tagung mit der Landesbischöfin Margot Käßmann für einen Eklat und wurden von der Tagung ausgeschlossen. Mit dabei war die ehemalige Hermannsbürgerin Jessica Keding, die jetzt zu dem Umfeld der Kameradschaft "Snever Jungs" aus Schneverdingen gehört und die an Nazitreffen in Hetendorf teil genommen hat.



## aus Hermannsburg bekamen wir folgende Zuschrift:

Seit gut einem Jahr sind in Hermannsburg Aktivitäten von Rechts zu verzeichnen.

Bis vor kurzem belief es sich hierbei auf Neonaziparties in dem sogenannten „Bunker 88“ (einer Scheune in Neubarmbostel), Aufkleber kleben in Hermannsburg und Umgebung und kleinere Rängeleien mit einigen Punkern. In der Nacht vom 27. auf den 28.02.2008 wurde dann hinter der Volksbank Hermannsburg „Deutschland erwache“ und ein Hakenkreuz an eine Garage gesprayt.

Am Abend des 29.02.2008 versuchten 30-40 Neonazis die Tür eines linken Jugendlichen in einem Ortsteil von Hermannsburg einzutreten, was ihnen glücklicherweise nicht gelang. Bewaffnet waren sie, unter anderem, mit Gaspistolen, die sie in die Luft abfeuerten. Die drei Jugendlichen, die sich zu der Zeit in der Wohnung aufhielten, alarmierten sofort die Polizei, die jedoch erst eine halbe Stunde später eintraf. Bei ihrer Ankunft waren die Rechten schon abgezogen. Beschädigt wurde bei dem Angriff die Tür, der Briefkasten und eine Außenbeleuchtung. Finanziell beläuft sich der

Schaden auf 100-150 €.

Nur eine Woche später, am 07.03.2008 feierten ca. 20 Jugendliche in besagter Wohnung einen Geburtstag. Bereits ab 19.30 Uhr, fuhren immer wieder Autos mit Neonazis an dem Haus vorbei und pöbelten aus dem Fenster. Gegen 21.00 Uhr fuhren daraufhin einige der Jugendlichen durch Hermannsburg, um sich zu vergewissern, um wie viele Rechte es sich handelte und was diese vorhatten. Das Ergebnis war erschreckend: Nach verschiedenen Angaben belief sich die Zahl der Neonazis auf 40-60 und ihr Ziel war es, die Geburtstagsfeier auszumischen. Wieder wurde umgehend die Polizei alarmiert, die jedoch nicht kam.

Aufgrund der enormen Überzahl der Neonazis beschlossen die Feiernden nun, ihr Quartier zu wechseln, und fuhren gegen 21.30 Uhr geschlossen nach Hermannsburg. Doch auch hier blieben sie nicht unentdeckt. Immer wieder fuhren Rechte in Autos vorbei und riefen: „Wir kriegen euch!“, „Habt ihr schon Angst?!“ und Ähnliches. Nachdem sich die Lage einigermaßen beruhigt hatte, beschlossen einige der Jugendlichen

zurück in die Wohnung zu fahren. Bis auf weitere Streifenfahrten der Neonazis blieb es bis ca. 2.00 Uhr nachts ruhig. In der Wohnung befanden sich jetzt noch sechs Jugendliche, die plötzlich anfangen zu husten und ihre Augen tränten. Ein Blick aus dem Fenster zeigte noch einige weglau-fende Personen. Diese hatten (wie genau ist unbekannt) Reizgas in die Wohnung geleitet. Erneut wurde die Polizei alarmiert.

Nachdem sich die Jugendlichen beruhigt und das Gelände kontrolliert hatten, fuhren drei von ihnen noch einmal durch Hermannsburg. Sie erhofften sich, die Täter ausfindig machen zu können. Auf dem Rückweg folgten ihnen zwei Autos, die auf dem Grundstück der Wohnung direkt hinter ihnen hielten. Sofort schlossen sich die Jugendlichen im Auto ein. Aus dem vorderen Auto stieg ein großer, kräftiger Mann mit Glatze aus und rüttelte an der Autotür der Eingeschlossenen. Anschließend drehte er sich zur Seite und zeigte den ohnehin schon Verängstigten eine Pistole. Plötzlich tauchten hinter dem Mann zwei Beamte in grün auf und erklärten, dass der mutmaßliche Neonazi ein Zivilpolizist sei.

Hiernach berichteten die Jugendlichen, was vorgefal-len war, und die Polizisten konnten nach einer „Geruchsprobe“ bestätigen, dass sich Reizgas in der Luft der Wohnung befand. Am Äußeren des Gebäudes konnten

jedoch keinerlei Spuren gefunden werden und so unterstellten die Beamten den Jugendlichen kurzerhand, das Gas selbst ver-sprüht zu haben. Anschließend teilten sie noch mit, dass man nicht wegen jeder Kleinigkeit die Polizei rufen solle und ver-ließen den Ort des Geschehens.

Nach Angaben der Polizei stand ab ca. 23.00 Uhr in Lüneburg eine Hundertschaft bereit, die jedoch nicht einge-setzt wurde. Die Beamten spekulierten zudem auf 100-200 Neonazis, die sich an diesem Abend in Hermannsburg aufge-halten haben sollten.



**Nazi-Sprühereien in Hermannsburg, April 2008**

## Leserbrief Kosovo

Am Anfang steht ein Völkerrechtsbruch: Ohne UN-Mandat Gewaltanwendung der NATO als Gendarm im Kosovo-Konflikt, die im Weiteren - notdürftig durch UN-Einschaltung heruntergespielt - zur Verwaltungsübernahme durch die EU führt. Das Kosovo wird internationales Protektorat. In diesem kolonialen Gebilde werden die Weichen für Separation gestellt. Mit Hilfe einer "Rechtsstaat-Mission" will die EU effektive Verwaltung und Justiz aufbauen. Im Kosovo - inzwischen mit Zollgrenze zu Serbien - gilt Euro-Währung, es gibt eigene Kraftfahrzeugkennzeichen KS.

Nachdem sich der Sicherheitsrat nicht auf eine Resolution einigen kann, folgt als nächster schritt einseitige Unabhängigkeitserklärung durch die im Kosovo gewählte Regierung, die sich anhört, als sei sie von westlichen Politikern formuliert. Und so sieht die Unabhängigkeit aus: In der Hauptstadt Pristina wird ein von der EU bestellter Vertreter die internationale Verwaltungsbehörde mit umfangreichen Befugnissen leiten. Er kann Gesetze aufheben, Beamte entlassen und hat ein Veto-Recht bei Besetzung wichtiger Ämter. Auch Verbrechensermittlung wie bei Korruption kann er anordnen. Mit dieser Vormundschaftsreglung bleibt

das Kosovo EU-Protektorat. Bei solcher Teilsouveränität spricht Serbien von einem "falschen Staat": eine als koloniales Protektorat geschaffene Konstruktion, die westlichen Vorstellungen zu entsprechen hat. Völkerrechtliche Anerkennung des Kosovo folgt prompt durch die USA, die dort inzwischen eine ihrer größten europäischen Militärbasen errichtet haben und der Regierung Waffen liefern. In treuer Gefolgschaft Anerkennung durch Deutschland.

Da Abtrennung einer Region durch fremde Mächte ohne Zustimmung des Altstaats Serbien und UN-Beschluss gegen Völkerrecht verstößt, ist der Neustatt Kosovo illegal. Mit Hilfe der NATO kommt es zu Fakten, die nicht auf Recht, sondern Gewalt basieren. Nicht nur das Kosovo, auch Baskenland und Kurdistan sind Aufstandsgebiete mit Autonomiebestrebungen. Auch dort fließt Blut. Spanien und Türkei sind als NATO-Mitglieder aber sicher vor dem Balkan-Schicksal. So steht dann auch am vorläufigen Ende des Kosovo-Konflikts ein Völkerrechtsbruch, der mit Hilfe kürzlich in Marsch gesetzten Truppen aus der Region Celle zementiert werden soll.

Hans Steuernagel

# Buntes Haus

## Viel Rauch um nichts?

Der öffentliche Wirbel, den Polizei, Presse und Biermann im Februar gegen das Bunte Haus angefacht hatten, hat sich gelegt. Was sich als Tornado ankündigte, ist zwischenzeitlich zu einer lauen Brise abgeflaut. Deshalb nur ein kurzer Blick darauf, was seit der letzten Ausgabe der revista passierte:

Nachdem die Kommunalpolitik sich durch die Bank mal "rational" verhielt und den haltlosen Vorwürfen nicht einfach glaubte, wofür insbesondere der CDU-Fraktion durchaus Respekt gebührt, war das Thema eigentlich durch. Auf einen Nachklatsch wollten Polizei und Presse aber dann doch nicht verzichten. Als das Bunte Haus seine Arbeit mit einem "Offenen Café" im März der interessierten Öffentlichkeit vorstellen wollte, prognostizierte die Polizei: "Neonazis suchen Konfrontation mit Buntem Haus". Jedenfalls konnte man das so am Tag der Veranstaltung der CZ entnehmen. Auf eine direkte Information des Zentrums verzichtete die Polizei. Kommunikation mit Betroffenen scheint nicht gerade die Stärke der Celler Polizei zu sein. Das Bunte Haus kritisierte dies in einer Stellungnahme so: "Die Celler Polizeiführung unternahm ebenfalls weder vor der Veranstaltung noch im Verlauf des Tages einen Versuch, Kontakt mit dem Bunten Haus zu suchen, um zu klären, nach welchem Konzept gegen mögliche Provokationen vorgegangen werden kann. Stattdessen postierten sich zu Beginn der Veranstaltung Beamte auf dem Gelände der CD-Kaserne GmbH, ohne zuvor Kontakt zum Veranstalter aufgenommen zu haben. Außerdem betreten zwei Staatsschutzbeamte in Zivil das Café des Bunten Hauses - ohne Begrüßung, ohne zu erklären, mit welchem

Auftrag sie dort wären, und ohne sich überhaupt vorzustellen. Anwesenden Besuchern kam dieses Verhalten sehr unhöflich vor und ihr Vorgehen wurde als höchst unprofessionell empfunden - und dies wohl auch zu recht. Eine solche Situation sollte doch eher so ablaufen, dass zwei uniformierte Beamte sich dem Veranstalter vorstellen und anbieten, bei Problemen mit z.B. gewaltbereiten Provokateuren behilflich zu sein - ganz nach dem Leitspruch "Polizei als Freund und Helfer" - oder nicht?! Da die Zivilpolizisten ihr Auftreten auch nach einiger Zeit nicht eigenständig öffentlich machten, tat dies ein aufmerksamer Besucher der Informationsveranstaltung und daraufhin bat eine Person des Bunten Hauses die Beamten für ein Gespräch vor die Tür. Dort wurde freundlich mit ihnen über ihr merkwürdiges Verhalten diskutiert. Sie wurden also nicht 'gröhlend begrüßt und hinausgeworfen', wie es Polizeichef Schomburg im Artikel der Celleschen Zeitung behauptet."

"Nazis drinnen, Polizei draußen" hatte die CZ getitelt, nachdem die Celler

Neonazis noch am selben Abend Fotos von den Infotafeln auf ihrer "Heimatseite im Weltnetz" präsentierten. Zum Hintergrund schrieb das Bunte Haus: "Als gänzlich überflüssig wird auch die Häme empfunden, mit der in der CZ berichtet wird, Neonazis sei es währenddessen gelungen, 'unerkant in das Objekt einzusickern'. Möglich ist, dass die Polizei dies nicht bemerkte - den Personen im Zentrum war die sehr unsichere Frau nicht entgangen, die mit zitternden Händen Fotos von den Stelltafeln gemacht hat. Die Frage, die sich nun stellt, ist: Warum hätte man daraus einen Skandal machen oder die Polizei darüber informieren sollen? Es geht den Nutzerinnen und Nutzern des Bunten Hauses eben genau nicht um 'Krawall' oder ein hysterisches Gegeneinander, wie es derzeit Polizei und Cellesche Zeitung an die Wand malen. Worum es (u.a.) geht, ist Rechtsextremismus als reale politische Gefahr ernst zu nehmen und dieses 'Phänomen' nicht (nur) als Objekt polizeilicher Maßnahmen zu sehen."

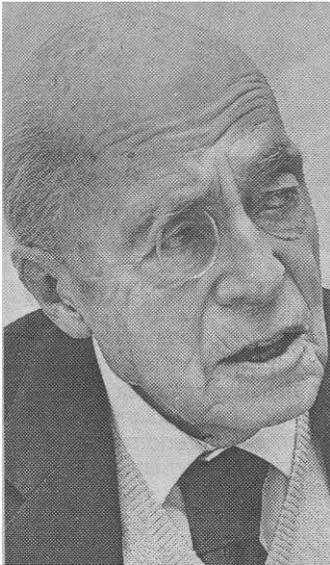
Außerordentlich solidarisch zeigte sich der Ortsvereinsvorstand der Gewerkschaft ver.di, der ebenso wie der OV-Vorstand der Celler SPD eine Sitzung im Bunten Haus abhielt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund lud das Zentrum ein, gemeinsam ein "Rock gegen Rechts-Konzert" am 1. Mai auf dem Brandplatz zu veranstalten.

Da das Bunte Haus aktuell gerade mal wieder jeden 10-Euro-Schein zweimal umdrehen muss, würde man sich auch über pekuniäre Solidarität freuen. Hier die Kontonummer für alle saturierten "68er": Buntes Haus, Sparkasse Celle (BLZ 25750001), Kontonummer 228817.



# Der Fall Kurt Blanke

## "Schade, dass man das damals nicht gelesen hat"



Nun also Blanke? Nun also endlich Blanke. Von den in Celle beheimateten Nazi-Verbrechern unzweifelhaft kein Mann der zweiten Reihe. "Hinter den Fassaden" hieß das Buch, in dem bereits 1982 die lokale Öffentlichkeit auf die Funktion des "honorigen" Dr. Kurt Blanke im "Arisierungs"-vollzug in Frankreich gestoßen wurde. Rückblickend muss man sich wundern, wie konsequenzenlos die damalige Enthüllung blieb. Zur Entschuldigung der Kritiker kann angemerkt werden, dass "beweiskräftige"

Belege angesichts der dünnen Forschungsbasis und schwer zugänglicher Quellen nur mit großem Aufwand beizubringen gewesen wären. Trotzdem: Man ließ den Schreibtischtäter seinerzeit davonkommen. Man ließ ihn sich sogar in einem von der CZ dokumentierten Gespräch mit Mijndert Bertram als ehrbaren "Zeugen des Jahrhunderts" inszenieren. Und außer einigen Anmerkungen mit Fußnotencharakter (u.a. in dieser Zeitschrift) unterblieb auch jede Diskussion über die ihn ehrende Straßenbenennung im Jahr 1999. - Aber es war wohl allen klar: Wer sich mit dieser konservativen Galionsfigur und seinem beruflichen, politischen und familiären Netzwerk anlegen wollte, hätte sich warm anziehen müssen. Deshalb erleichterte es die jetzige Auseinandersetzung enorm, dass die "Ankläger" - und so wird es wohl wahrgenommen - nicht die üblichen Verdächtigen sind.

In der Zeitschrift "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" veröffentlichten im April Martin Jungius und Wolfgang Seibel den Aufsatz "Der Bürger als Schreibtischtäter. Der Fall Kurt Blanke". Nachdem zunächst die Hannoversche Allgemeine Zeitung berichtet hatte, schloss sich die Cellesche Zeitung an. Und für Celler Verhältnisse ungewöhnlich schnell war die Spitze der Kommunalpolitik, vertreten durch den Verwaltungsausschuss des Rates, sich einig: Die Umbenennung der Kurt-Blanke-Straße sei unumgänglich.

Im Unterschied zu früheren Veröffentlichungen liefert der Aufsatz eine dichte Beweiskette hinsichtlich der verantwortlichen Rolle Blankes für die "Arisierung" im von Nazi-

Deutschland besetzten Frankreich. Schon im Jahr 2005 hatte Martin Jungius in seiner Dissertation die systematische Zwangsübertragung sogenannter "jüdischer Unternehmen" in nichtjüdische Hände untersucht. Öffentlich zugänglich wurden seine Arbeitsergebnisse aber erst mit der jetzt erschienenen Veröffentlichung "Der verwaltete Raub. Die >Arisierung< in Frankreich in den Jahren 1940 bis 1944". Auf über 400 Seiten analysiert der Politikwissenschaftler hier die Umsetzung der antijüdischen Gesetze und Verordnungen. Im Mittelpunkt stehen dabei die französischen "Arisierungsdienststellen" des so genannten "Judenkommissariats". Diesen hatte die deutsche Militärverwaltung gemäß des Prinzips einer "Aufsichtsverwaltung" wesentliche Befugnisse übertragen. Gleichwohl war das Referat "Entjudung" mit Kurt Blanke als Abteilungsleiter der zentrale Antreiber des Prozesses. Blanke setzte die Anwendungsrichtlinien der antijüdischen Verordnungen fest, und er machte deutlich, dass von seiten der Militärverwaltung eine rigorose Umsetzung der wirtschaftlichen Verfolgungsmaßnahmen erwartet wurde. Die französischen Behörden erwiesen sich, auch das belegt die Studie, im wesentlichen als willfährige Helfer. Mögliche Handlungsspielräume wurden in der Regel dazu genutzt, den Juden zu schaden und nicht ihnen zu helfen. So konzentrierte sich die deutsche Kontrolle schnell auf die Beaufsichtigung der "Arisierung" der ökonomisch bedeutenden Unternehmen. Im nicht besetzten Süden Frankreichs sorgte die Vichy-Regierung für einen parallelen Prozess der Verfolgung, der zum einen von antisemitischen Motiven getragen und zum anderen darauf gerichtet war, mit eigenen Maßnahmen den deutschen Einfluss auf die Wirtschaft gering zu halten.

In dem Aufsatz "Der Bürger als Schreibtischtäter" untersuchen Jungius und sein Doktorvater, der Konstanzer Politikprofessor Wolfgang Seibel, mit Blanke die "Schlüsselfigur" auf deutscher Seite, seine Funktion und seine Motive. Ihr Fazit: "... als Leiter des Referats >Entjudung< beim Militärbefehlshaber in Frankreich [setzte er sich] mit besonderer Energie und Findigkeit für den Aufbau eines effektiven Apparates der wirtschaftlichen Judenverfolgung ein, in Einzelfällen trieb er auch selbst die Verfolgungsmaßnahmen entschlossen voran." (266) Er war verantwortlich für die Ausgestaltung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen und die Überwachung der Verfolgungsmaßnahmen. Die Autoren belegen anhand vieler Schreiben von Blanke, dass es ihm um die "vollständige Beseitigung des jüdischen Einflusses" ging. Und die verweisen auf seine Rolle bei der Verhängung der so genannten

"Geldbuße" in Höhe von einer Milliarde Francs von 1941. Für Jungius/Seibel steht dieser formalisierte Raub jüdischer Vermögenswerte nicht nur in einem zeitlichen, sondern auch in einem sachlichen Zusammenhang mit der Einleitung von Massendeportationen in die Konzentrationslager.

Von welchen Motiven ließ Blanke sich antreiben? Noch im Jahr 2000 gab Hans-Joachim Brand einer biografischen Skizze über den Rechtsanwalt die Überschrift "Gewissen gegen Gewalt". Schließlich hatte Blanke als an der Pogromnacht 1938 in Celle beteiligter Täter hinterher seine Austritt aus der SA beantragt. Im sich anschließenden Parteigerichtsverfahren gab er als Begründung seiner "Abscheu gegen die befohlenen Handlungen" zum Ausdruck. Allerdings schränkt er hier auch ein: "In einem Staat, in dem man die Macht hat, ist Gewalt gegen Wehrlose schimpflich, wenn sie nicht vom Staat in der Form ordentlichen Rechts ausgeht." Dass in diesem Satz der Schlüssel zum Verständnis des scheinbar widersprüchlichen Verhaltens Blankes liegt, darauf hat Elmar Maibaum schon vor zehn Jahren hingewiesen. In der Broschüre "Die Reichspogromnacht in Celle" zitiert er Robert M. Kempner, den Hauptankläger bei den Nürnberger Prozessen bezüglich des Selbstbildes von Schreibtischtätern wie Blanke so: "Sie glaubten, keine Raubmörder zu sein, wenn sie ihren Verbrechen gegen die jüdischen Bürger 'gesetzliche' Mäntelchen umhängten und jede Missetat an Juden in die Form von Verordnungen, Erlassen, Verfügungen usw. verpackten." (Vgl. Maibaum 1998, 24) Merkwürdigerweise behandeln Jungius/Seibel diesen Zusammenhang nur am Rande.

Dass er sich in Frankreich mit Eifer in den Dienst der NS-Judenverfolgung stellte, führen sie auf unpolitischen Pflichtethos, beruflichen Ehrgeiz und allgemeine Loyalität gegenüber der politischen Führung zurück (300) - also, wenn man so will, bürgerliche Tugenden. Sie sind in gewisser Weise erstaunt darüber, dass Blanke in seinen schriftlichen Äußerungen antisemitische Stereotypen vermeidet, und stellen die These auf, dass die Gruppe hochqualifizierter Schreibtischtäter sich "gerade wegen ihrer nur schwach ideologisierten, vielmehr nüchtern-professionellen Motivlage [...] bei der Verfolgung der Juden als besonders effektiv" (266) erwies. In einem 46-seitigen Abwicklungsbericht über die "Entjudung der französischen Wirtschaft", den die Autoren Blanke zuordnen, wird im Hinblick auf den vorhersehbaren Kriegsausgang eine Rechtfertigungslogik entwickelt, wonach seine Abteilung letztlich mit dem Völkerrecht, insbesondere der Haager Landkriegsordnung, in Einklang gestanden hätte. (295-298) Jungius/Seibel schlussfolgern daraus, dass Blanke die Unrechtmäßigkeit seines Tuns bewusst gewesen sei. Aber wäre hier nicht im Gegenteil anzunehmen, dass es gerade die (hergestellte) formale Rechtmäßigkeit des Handelns ist, die den moralischen Horizont von Schreibtischtätern wie Blanke viel eher beschreibt?

Was macht den "Fall Blanke" aus Celler Sicht interessant? Überraschend ist die Schamlosigkeit, mit der er sich in der "Celler Gesellschaft" bewegen konnte.

Scheinbar hat Blanke zu kaum einem Zeitpunkt mit Konsequenzen gerechnet. Von der Militärregierung im Entnazifizierungsverfahren in Stufe IV ("Mitläufer") eingeordnet, strebte er 1948 mit Erfolg vor der deutschen Entnazifizierungskammer ein Berufungsverfahren an. Dort wurde er mit Hilfe einer Vielzahl an "Persilscheinen" herabgestuft und konnte als "Entlasteter" seinen Beruf als Rechtsanwalt und Notar weiterführen. Blanke selbst zeigt sich hier, wie auch später, als Meister darin, seine Tätigkeit in Frankreich zu verschleiern bzw. zu verharmlosen.

Der Einstieg in die Kommunalpolitik erfolgte schnell: Der erste Stadtrat musste zwar noch auf ihn verzichten, nach der Wahl vom Oktober 1948 aber war er als Mitglied der "welfischen" Deutschen Partei (DP) dabei. Am 1. Juli 1955 legte er sein Mandat nieder, um ab Oktober 1956 aber erneut dem Rat anzugehören. Die DP war nach der SPD zunächst immer die zweitstärkste Fraktion und stellte als größte des bürgerlichen Lagers mit Wilhelm Heinichen ab Dezember 1952 den Oberbürgermeister. Nach dem Niedergang der DP wechselte Blanke zur Kommunalwahl 1964 zur CDU, was mit der Wahl zum Oberbürgermeister am 28.1.1964 "belohnt" wurde. Dieses Amt übte er bis zur Kommunalwahl im März 1973 aus, zu der Blanke nicht erneut kandidierte. (Zwischen 1952 und 1986 wurde Celle mit Heinichen, Blanke und Hörstmann von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern repräsentiert, während Oberbürgermeister Meyer in den 12 Jahren der Nazi-Herrschaft nur knapp 4 Jahr Parteigenosse sein durfte.)

Während in den 1960er Jahren eine Vielzahl von Ermittlungen und Prozessen gegen Personen laufen, die als "Direktäter" galten, ließ sich Blanke also zum Oberbürgermeister wählen und nahm durchaus auch die repräsentativen Aufgaben im Zusammenhang mit der französischen Partnerstadt Meudon wahr. Die "Eliten", die eben zum großen Teil als "Schreibtischtäter" agiert hatten, mussten sich scheinbar kaum Sorgen machen. Ihre Netzwerke hatten funktioniert,



Im Verlauf der Besatzungszeit sind in Frankreich etwa 50.000 "Arisierungsverfahren" betrieben und "jüdische Güter" im Wert von etwa 5 Milliarden Francs enteignet worden.



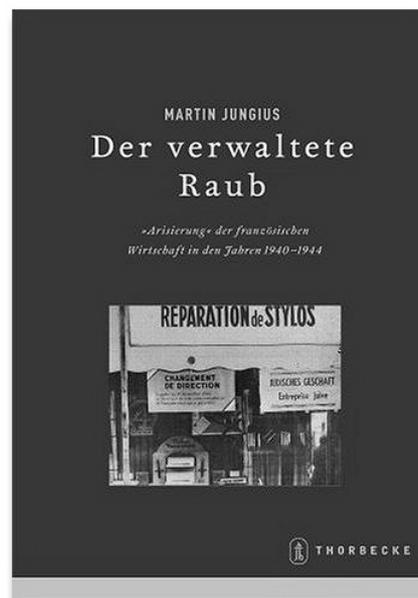
als es darum ging, die Entnazifizierungsbehörden zu täuschen, und ihre Netzwerke taugten auch zur weiteren Verschleierung und Verharmlosung ihres verbrecherischen Handelns. In Jahrzehnten hat sich niemand dafür interessiert, was der Oberkriegsverwaltungsrat im besetzten Frankreich konkret zu tun hatte. Von Wirtschaftsangelegenheiten und einer Funktion als "Justitiar" sprach Blanke, und niemand kratzte an dieser Fassade.

Brenzlig wurde es für Blanke wohl einzig im Juli 1956. Er hatte als deutscher Delegierter an einem Kongress des Internationalen Verbandes der Rechtsanwälte in Paris teilgenommen. Als bekannt wurde, dass er während der Besetzung "Leiter der jüdischen Angelegenheiten im Hotel Majestic - Paris" war, teilte man ihm mit, dass seine Anwesenheit unerwünscht sei. Blanke verließ den Kongress sofort. Die französische Presse berichtete über den Vorfall und im Oktober erschien in "Le Monde Juif" ein längerer Artikel des Historikers Joseph Billig "Dr. Kurt Blanke - Hotel Majestic", in dem die meisten jetzt diskutierten Vorwürfe mit Belegen ausgebreitet wurden. Der Vorgang beschäftigte das Auswärtige Amt, das Justizministerium und die Niedersächsische Landesregierung - und endete mit dem Fazit, dass ein ausländischer Presseartikel nicht ausreichte, "ein angesehenes Mitglied unserer Gesellschaft irgendwie zurückzusetzen". So lautet jedenfalls der vertrauliche Vermerk einer Besprechung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege (DP), des Justizministers Arvid von Nottbeck (FDP) und des SPD-Oppositionsführers Georg Diederichs Anfang 1957. Damit waren auch jegliche Hürden für Blankes Berufung an den Niedersächsischen Staatsgerichtshof beseitigt.

Trotzdem bleibt die Frage, warum nicht der Artikel von Heinrich Thies aus dem Jahr 1982 für mehr Wirbel gesorgt

hat? Interessant ist hier vielleicht, die Stellungnahme der CDU-Fraktionsvorsitzenden, Astrid Peters, gegenüber der CZ: "Schade, dass man das damals nicht gelesen hat. Bei der Straßenbenennung war das alles kein Thema." Im übrigen auch nicht für die SPD, die seinerzeit zustimmte.

Oberbürgermeister Biermann hatte die Latte hoch gelegt mit den grundsätzlichen Ausführungen im Fall Ernst Meyer. Ein Engagement in und für die Demokratie vor 1933 oder nach 1945 sollte ein gravierendes Fehlverhalten im Nationalsozialismus nicht aufwiegen oder entschuldigen können. Es ist beachtlich, dass dieses Prinzip konsequent verfolgt wird. Komplizierter dürfte es werden, wenn es dann - gemäß dem Willen des Rates - demnächst auch um Wilhelm Heinichen, Carla Meyer-Rasch, Hanna Fuess, Hermann von Rautenkranz, Helmuth Hörstmann geht.



Martin Jungius:  
Der verwaltete Raub. Die >Arisierung< der Wirtschaft in Frankreich in den Jahren 1940 bis 1944. Ostfildern (Jan Thorbecke Verlag) 2008, 422 Seiten, ISBN 978-3-7995-7292-7, 64 Euro.

Martin Jungius/  
Wolfgang Seibel:  
Der Bürger als Schreibtischtäter. Der Fall Kurt

Blanke; in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), 2, S. 265-300.

In Ergänzung:

Heiner Thies: Bitte fragen Sie nicht weiter; in: Werner Holtfort, Norbert Kandel, Wilfried Köppen, Ulrich Vultejus, Hinter den Fassaden. Geschichten aus einer Deutschen Stadt. Göttingen 1982, S. 138-145. [<http://www.celle-im-nationalsozialismus.de/Texte/thies.html>]

## Einstimmig gegen Blanke

In seiner Sitzung Ende Mai entschied der Stadtrat einstimmig, die Kurt-Blanke-Straße umzubenennen. Nachdem die im wesentlichen bekannte Rolle des ehemaligen Oberbürgermeisters der Stadt bei der Enteignung französischer Juden zwischen 1940 und 1944 vor zehn Jahren noch kein Hindernis war, die Straße nach ihm zu benennen, war es jetzt ein wissenschaftlicher Aufsatz von Martin Jungius und Wolfgang Seibel (siehe an anderer Stelle in diesem Heft), der die Kommunalpolitik jetzt zu einer anderen Bewertung kommen ließ. Etwas kurios geriet die Debatte, die den Charakter einer Totenfeier trug: Der Ratsvorsitzende folgte der Debatte stehend mit gefalteten Händen, und die Fraktionen verzichteten darauf den Reden ihrer Vertreter zu applaudieren. Die von allen betonte Selbstverständlichkeit erhielt so einen merkwürdig sakralen Charakter.

# Es rollten die ganze Zeit Panzer durch die Stadt ...

Vom 16. bis 28. März beteiligte sich Hauke Hildebrand an einer Delegationsreise in die Türkei; wobei anlässlich der Newroz-Feiern die kurdischen Städte Diyarbakir, Batman, Sirnak, Mardin besucht wurden. Neben dieser achtköpfigen Gruppe waren drei weitere Gruppen aus Deutschland, sowie diverse aus anderen europäischen Ländern unterwegs. Gemeinsam mit anderen Mitreisenden berichtete Hauke Hildebrand bisher in Braunschweig, Bremen und am 17. April auch in Celle. Als Nachtrag zur mit rund 40 BesucherInnen gut frequentierten Veranstaltung stellen wir ihm noch einige Fragen.

## **Wie bist du zu dazu gekommen, dich an der Delegationsreise zu beteiligen?**

In Hamburg, wo ich jetzt studiere, hat mir ein Freund erzählt, dass er schon seit einigen Jahren regelmäßig in die kurdischen Gebiete der Türkei reist und auch dieses Newroz (21. März) wieder hinfährt. Nach einer intensiven Beschäftigung mit der Geschichte und der politischen Situation in der Türkei und speziell in den kurdischen Regionen habe ich mich dazu entschieden auch mitzufahren. Zum einen natürlich um mehr über die Lebensrealität der dort lebenden Kurd\_innen zu erfahren, aber vor allem in der Hoffnung, eine Art internationale Öffentlichkeit bieten zu können, um militärische Übergriffe auf das Newroz-Fest - wie z.B. 1992 in Sirnak geschehen, wobei 82 Menschen starben - zu verhindern.

## **Wie hat sich die Gruppe zusammengesetzt? Kannst du was über die Zusammenhänge sagen, in denen sich die TeilnehmerInnen sonst bewegen?**

Die meisten von unserer Gruppe sind Student\_innen. Neben mir kamen noch zwei weitere Personen aus Hamburg mit, außerdem waren Leute aus Bremen, Berlin und Gießen dabei. Eine von uns ist in Diyarbakir geboren und hat für uns übersetzt. Wir kommen aus verschiedenen Kontexten, die meisten von uns sind in verschiedenen linken Basisgruppen engagiert, jeweils eine Person auch in der LINKEN und bei den Grünen.

## **Was war aus deiner Sicht das eindringlichste Erlebnis oder die Erfahrung der Reise?**

Die vielen Erlebnisse mit Repression, über die uns die Menschen erzählt haben - sei es die Vertreibung aus dem Dorf oder die erlebte Folter -, haben mich emotional häufig stark mitgenommen. Aber was mich wirklich am meisten beeindruckt hat, ist die Stärke der Menschen, trotz all dem erlebten

Unrecht und ihrer teilweise verzweifelten Lage nicht verbittert zu sein und so viel Lebensfreude und Kraft zum Widerstand zu haben.

## **Ihr habt an der Newroz-Feier in Sirnak teilgenommen. Erzähl mal.**

Die Newroz-Feiern in Sirnak haben eigentlich schon am Abend vor dem 21. März angefangen. Es gab mehrere sog. "wilde", also nicht angemeldete Feiern in der Stadt, an denen ca. 1000 Menschen teilgenommen haben. Auf diesen Feiern war die Stimmung sehr ausgelassen; es gab jeweils ein großes Feuer und es wurde viel gesungen und getanzt, obwohl die ganze Zeit Geheimdienstler und Zivilpolizisten vor Ort waren. Leider wurde ein Fest im Stadtzentrum von der Polizei und dem Militär mit einem Wasserwerfer, gepanzerten Polizeifahrzeugen und Panzern geräumt, wobei es auch zu Übergriffen auf den Bürgermeister der Stadt kam, der mit einer Delegation von Kommunalpolitiker\_innen die Situation deeskalieren wollte.

Am nächsten Morgen kamen etwa 10.000 Menschen auf einen zentralen Platz in der Stadt, um gemeinsam zu feiern. Obwohl auf den umliegenden Dächern Scharfschützen positioniert waren und alle Ein- und Ausgänge von Sicherheitskräften und gepanzerten Wagen kontrolliert wurden, war die Stimmung sehr fröhlich und ausgelassen. Auf einer Bühne wurden Redebeiträge gegen die Assimilationspolitik der Türkei und das undemokratische Umgehen mit der "Kurdischen Frage" gehalten; trotz Verbot teilweise auch auf kurdisch. Mehrere Bands haben traditionelle und moderne kurdische Lieder gespielt.

Während des Festes gab es vier Festnahmen. Zwei wegen Plakaten mit der Aufschrift "Biji Serok Apo", zwei weitere Menschen wurden von Spezialeinheiten festgenommen und es ist weder bekannt, was ihnen vorgeworfen wird, noch wo sie hingebracht wurden. In der Nacht nach dem Newrozfest wurden fünf weitere Personen und am darauffolgenden Tag weitere 50 Personen festgenommen.

## **War eure Rolle als internationale Beobachter eigentlich bekannt. Wie haben die "Sicherheits"-Kräfte auf euch reagiert?**

Ja - unsere Rolle war von Anfang an bekannt. Bereits am Flughafen in Berlin wurden wir vermutlich von Geheimdienstleuten "unauffällig" begleitet. Das ging im Grunde über unsere gesamte Reise so weiter, mal versteckter, mal offensiver. Besonders drastisch war die Situation in Sirnak, wo wir permanent von bis zu zehn zivilen Sicherheitskräften sowohl zu Fuß als auch mit dem Auto

begleitet wurden. Häufig setzten sie sich auch mit in Cafes oder Restaurants. Es saßen auch immer welche in der Hotelloobby. Das diente natürlich nur der Abschreckung, aber es war eine ziemlich beengende Situation, zumal wir uns quasi nie normal unterhalten konnten.

Dass wir "gut" beobachtet wurden, zeigt auch, dass unser Artikel, den wir bei Indymedia-Deutschland gepostet haben, bereits nach wenigen Stunden in der Türkei gesperrt war.

Allerdings möchte ich nicht, dass ein falscher Eindruck entsteht. Natürlich war es keine angenehme Situation für uns, und besonders die Lage in Sirnak hat uns sehr belastet: Es rollten die ganze Zeit Panzer durch die Stadt und fast jeden Tag starteten Luftangriffe aus Sirnak in die benachbarten Berge. Aber wir mussten zu keiner Zeit Angst um unser körperliches Wohl oder sogar unser Leben haben, wir waren auch nur eine begrenzte Zeit dieser Situation ausgesetzt. Unsere Freunde vor Ort müssen das jeden Tag erleben, und zumindest die politisch aktiven Kurd\_innen müssen immer damit rechnen, verhaftet, verschleppt und gefoltert zu werden.

**In unserer Celler Auseinandersetzung mit kurdischen Gruppen hier vor Ort war ich zuletzt ziemlich frustriert zum einen darüber, dass die nationale Frage zunehmend weniger mit sozialen Aspekten verknüpft wurde, zum anderen dass mit der ezidischen Religion die identitäre Nische ins Zentrum gerückt ist. In eurem Bericht hatte ich im Gegenteil den Eindruck, dass Themen einer internationalistischen Linken in Türkisch-Kurdistan sehr wichtig sind: also soziale Fragen, Bildungs- und Kulturpolitik von unten, Geschlechterdiskurs und so weiter. Hast du den Eindruck, dass eure Gesprächskontakte nur einen Ausschnitt darstellen oder tatsächlich die aktuelle Situation in der kurdischen Bewegung widerspiegeln?**

Die Frage ist schwer zu beantworten. Richtig ist, dass den Leuten, mit denen wir uns getroffen haben (z.B. Friedensratschlag, Menschenrechtsverein, Demokratische Gesellschaftspartei DTP, Friedensmütter, Stadtteilbürgermeister, bilinguale Theatergruppe, Gefangenenverein, Feministische Gruppen), die in der Frage genannten Eckpunkte sehr wichtig sind. Wobei es da natürlich auch Unterschiede gab. Einige bauen auf den parlamentarischen Weg, andere kritisieren das Konstrukt Staat an sich. Religion war für die Menschen, mit denen wir gesprochen haben, so sie religiös waren, Privatsache, hatte aber kein identitätsstiftendes Moment.

Ob das nun alles auf die gesamte kurdische Bewegung zutrifft, vermag ich nicht zu beurteilen. Aufgefallen ist mir aber, dass auch Menschen, die uns auf der Straße angesprochen haben oder die wir in kleineren Dörfern getroffen haben, sehr stark politisiert waren und meist ein umfangreiches Wissen über europäische Geschichte sowie aktuelle politische Entwicklungen in der EU und den USA hatten.

Allerdings muss ich an dieser Stelle ganz klar sagen, dass der Diskurs über Gleichberechtigung der Geschlechter sehr schwierig ist. Ich glaube, es verändert sich zwar nach und nach (durch den langjährigen, harten Kampf der vielen Aktivistinnen in der Bewegung), aber besonders die Dörfer sind noch sehr patriarchal geprägt; häufig ist dort Politik nur Männersache. Wir haben es auch erlebt, dass Frauen nicht

gemeinsam mit den Männern in einem Raum gegessen haben.

**Wie erlebst du eigentlich die internationale Fokussierung auf Tibet und das gleichzeitige Desinteresse an der Ermordung von drei Demonstranten, hunderten Verhaftungen und Folterung von Kurden während der Newroz-Feiern? Mir geht's jetzt nicht darum, Menschenrechte hier für wichtiger zu erklären als dort, aber: In Kurdistan wird die Repression mit deutschem Militärgerät ausgeübt, wie ihr berichtet habt. Das ist ja nach wie vor ein "Skandal", aber: Hier scheint es kaum jemanden zu interessieren. Wie schätzt du das ein?**

Ich kann und möchte an dieser Stelle tatsächlich keinen Vergleich mit der Situation in Tibet anstellen. Aber es ist wirklich auffallend, wie wenig Beachtung die Kurdische Frage in den deutschen Medien findet. Ich habe zwar das Gefühl, dass es ein bisschen mehr geworden ist; das liegt aber m.E. an den Berichten über den geplanten Ilisu-Staudamm. Natürlich ein sehr wichtiges Thema, aber es wird meist nur selektiv, ohne Bezug zur generellen politischen Situation geschrieben. Ich denke, das liegt zum einen daran, dass die Korrespondent\_innen der Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen in überwiegender Mehrheit in Istanbul sitzen, also in einer völlig anderen Welt, wo der Krieg weit weg ist.

Zum anderen ist es natürlich schwierig, kritisch über das Vorgehen des türkischen Staates zu berichten, ohne auch "deutschlandkritisch" z.B. über den Einsatz deutscher Rüstungsgüter (u.a. aus alten NVA Beständen) in den kurdischen Gebieten, oder die restriktive Asyl- bzw. Abschiebepolitik auch gegenüber kurdischen Flüchtlingen zu berichten; und daran scheint den meisten Agenturen und Zeitungen wenig gelegen.

Ich habe aber den Eindruck - und das hat sich auch bei unseren Vorträgen gezeigt -, dass sich wieder mehr Menschen für die kurdische Frage interessieren. Vor allem jüngere Leute in der linken Szene haben auch weniger Vorbehalte gegenüber der kurdischen Bewegung, als das noch in 1990er Jahren der Fall war.



**Blick auf die Stadt Hasankeyf**

# Einschüchterung und Zensur: Das Verbot der Schülerzeitung "bi" 1971



Die zweite Ausgabe der Schülerzeitung "bi" war noch vom Land Niedersachsen als beste Schülerzeitung des Jahres 1970 ausgezeichnet worden. Reinhard Möller war zur Preisverleihung am 17. Juli 1971 nach Hannover eingeladen, als sich in Celle der "Skandal" um die dritte Ausgabe anbahnte. Sie sollte wie üblich im Verlag der Celleschen Zeitung, Verlag Schweiger &

Pick, gedruckt werden. Der Verleger, Georg Pffingsten, wies den Druckauftrag zurück. Schon vor dem Erscheinen der dann in Braunschweig gedruckten Zeitung schrieb er dem Niedersächsischen Kulturminister Peter von Oertzen:

"Sehr geehrter Herr Minister,

zufällig höre ich, daß Sie die Ansicht haben, am 17. Juli 1971 den Chefredakteure der Schülerzeitschrift "bi", Herrn Reinhard Möller, in Hannover zu empfangen, um ihn dafür zu belobigen, daß diese Zeitschrift im vergangenen Jahr das beste Elaborat von Schülerzeitungen im Lande Niedersachsen gewesen sei. Ich frage mich dabei allerdings, wie dann die übrigen ausgesehen haben müssen. ... Damit Sie nicht einen möglicherweise verhängnisvollen Schritt tun, erlaube ich mir, Sie davon zu unterrichten, daß die ähnliche Crew, die lt. Impressum auch für die "bi II" verantwortlich zeichnet, ein neues Heft "bi III" herauszubringen beabsichtigt mit einer Sonderbeilage "Über eine notwendige Veränderung unserer Einstellung zur Sexualität". ... Ich habe für mein Haus, sehr geehrter Herr Minister, den Druck von "bi III" abgelehnt. In Anbetracht der obwaltenden Umstände kann ich - und nicht nur ich - mir nicht vorstellen, daß Sie diese Belobigung des Chefredakteurs vornehmen, denn das könnte sonst möglicherweise zu einem Skandal in Celle und darüber hinaus führen."

Und Pffingsten wandte auch an die Eltern der im Impressum ausgewiesenen Schülerzeitungsmacher. In diesem Brief - datiert vom 19. Juli - war zu lesen:

"... wie Sie sicher wissen, gehört Ihr Sohn zu den

Verantwortlichen, die die Schülerzeitung "bi" für HBG und KAVG erstellen. ... Wenn ich nun diese Zeilen an Sie richte, dann aus der wohlmeinenden Absicht heraus, Ihnen und Ihrem Sohn weiteren Ärger zu ersparen. ... Sollte das Heft "bi III" in dieser Form erscheinen, müßte das zwangsläufig zu einem Skandal führen, der möglicherweise auch in unserer Zeitung seinen Niederschlag finden wird ...."

## Anarchie auf allen Gebieten

Dem Elternratsvorsitzenden Karl Heinz Gesemann wurde - von wem wohl - die noch nicht erschienene Ausgabe der "bi" zugespielt. Er wandte sich mit Datum vom 18. Juli in einem empörten Brief an den Schulleiter des HBG, Dr. Heinrich Thomas:

"(...) Grundsätzlich habe ich den Eindruck, daß sich die verantwortliche Redaktionsgruppe Anarchie auf allen Gebieten zum Ziel gesetzt hat. (...) Den Beitrag von R. Möller (Klasse ?) auf Seite 5 "Unzensiertes schwarzes Brett" betrachte ich als Frechheit gegenüber dem Direktor des HBG, der in der Vorstellung der Elternschaft nun einmal für den Bereich Schule verantwortlich ist. Kein Direktor, der den Schulbetrieb ordnungsgemäß durchführen will, kommt darum herum, Grenzen zu setzen und für die Einhaltung der Grenzen zu sorgen.

Die untere Darstellung auf Seite 18 der Biblischen Geschichte (I) "Pattex klebt mit Superkraft" (Jesus am Kreuz) zielt auf eine Verunglimpfung der Kirche. Auch die übrigen Kommentare zeigen die Mißachtung der Verfasser der religiösen Empfindungen anderer und beweisen, daß den Verfassern jegliches Gefühl für Anstand und Achtung fehlt. (s. 18 Programmpunkte der JPN auf S. 40).

Zur Beilage >Zum Thema Sexualität<

Diese Beilage ist nach Aufmachung, Sprache und Abbildungen ein ganz übles Underground - Machwerk, über das die Elternschaft entsetzt sein würde, falls es ihr in die Hände käme. Als Mitglied des Gesamtelternratsvorstandes des HBG vertrete ich die Ansicht, daß unter allen Umständen verhindert werden muß, daß die Beilage der Schülerzeitung Bi/3 in oder außerhalb der Schule verteilt wird. Sie sollten zusammen mit dem Direktor des KAV schnellstens die Schritte unternehmen, die erforderlich sind, dies zu erreichen. Unter keinen Umständen darf dieses üble Machwerk in die Hände der Schülerinnen und Schüler der Unterstufe und Mittelstufe



**Titelblatt der zweiten Ausgabe der bi;  
Direktor Thomas vor dem damals neuen  
HBG-Gebäude 1970**

der beiden Gymnasien gelangen.

Obwohl Verbote normalerweise nicht die beste Lösung darstellen, sollte in diesem Fall ein Verbot der Verteilung (jugendgefährdender Schriften) erwirkt werden, falls die verantwortlichen Redakteure nicht selber so einsichtig werden und die Beilage zurückziehen."

Diese scharfe Reaktion kann aus heutiger Sicht vielleicht überraschen. Aber: Sex und (antiautoritäre) Politik waren tatsächlich in den späten 1960er Jahren zentrale Diskursfelder, auf denen sich der Konflikt von Heranwachsenden und der Erziehungsinstitution Schule abspielte. So konstatierte etwa das "Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler" (AUSS) auf seinem Gründungskongress 1967: "In unserer Gesellschaft findet Sexualeaufklärung in einem vernünftigen Zusammenhang und mit vernünftigen Methoden nicht statt." Gefordert wurde neben der "Einrichtung eines Sexualekundeunterrichtes an den Schulen" auch spezielle Aufklärung über Verhütungsmittel, der "freie(n) Zugang zu oralen Antikonzeptiva für Mädchen", der "Abbau der Diskriminierung der sexuellen Betätigung von Schülern durch die Schulautoritäten". Diese Resolution stand dann auch im Zentrum der Presseberichterstattung und nicht die Beschlüsse

zu Notstandsgesetzgebung oder Kriegsdienstverweigerung. Und sie wurde zumeist als Angriff auf die Erziehungsautoritäten interpretiert. Für das AUSS schienen solche Reaktionen den in der kritischen Theorie behaupteten Zusammenhang von sexueller Repression und politischer Reaktion nur zu bestätigen.

Provokation war sicherlich ein Mittel, um die Autoritäten und die Scheinwelt einer harmonischen schulischen Gemeinschaft zu entlarven - und Sexualität war das Reizthema Nr. 1. Nur: Schaut man sich heute die 24-seitige Beilage der "bi" des Jahres 1971 an, findet man das Gegenteil von Pornografie und höchstens eine Prise Provokation. Es ist eine sozialpsychologische Auseinandersetzung mit dem Thema "Jugend und Sexualität" (siehe Kasten), für die es seinerzeit an den meistens Uni problemlos einen Hauptseminarschein gegeben hätte.

## **Pornographie als Schülerzeitung getarnt**

Der Direktor den HBG verhängte noch am 20. Juli ein vorläufiges Verkaufsverbot; vier Tage später wurde dieses Verbot des Schulverkaufs offiziell vom Landesverwaltungsamt, Abt. Höhere Schulen, bestätigt. Die Redaktion entschloss sich daraufhin zum Straßenverkauf. Hierfür sollte ein - von der SPD finanziertes - Flugblatt beigelegt werden. In einem Akt der Selbstzensur sollte darin z.B. erklärt werden, dass man nicht die Absicht habe, religiöse Gefühle zu verletzen. Und es sollten 15 Streichungen vorgenommen werden.

Die Reaktion folgte direkt. Da Ordnungsamt untersagte mündlich den Straßenverkauf und die CZ machte am 27. Juli ihre Drohung wahr und fragte scheinheilig "Bahnt sich in Celle ein Skandal an?", um dann weiter zu titeln "Pornographie als Schülerzeitung getarnt". Walter Klotz schrieb u.a.:

"Peinliches Aufsehen erregt die neue Schülerzeitung "bi/3" ..., die sofort bei ihrer Herausgabe wegen ihrer massiven religiösen Verunglimpfungen und ihrer widerlichen Sex-Beilage von der Schulaufsichtsbehörde ... verboten wurde. Unter das Verbot fallen der Hauptteil sowie eine mit Fotos und Zeichnungen illustrierte Sex-Beilage.

... Gegenüber der Elternschaft der 10- bis 18jährigen Schülerinnen und Schüler, an die sich die Schülerzeitung richtet, fühlte sich Herr Pflingsten verpflichtet, nach seinem Gewissen zu handeln und auf den Druckauftrag von 2000 Exemplaren zu verzichten, um nicht an der Verbreitung einer Pornographie mitzuwirken. Das Pamphlet ist geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören und überschreitet die Toleranzgrenze, zumal die Zeitung Kindern zugänglich gemacht werden soll. Eindeutig widerspricht sie dem Erziehungsauftrag für Jugendliche. ...

Sollten die gedruckten Entgleisungen dennoch in der Öffentlichkeit erscheinen, wird eine Anzeige empörter Eltern dieser Pornographie und den religiösen Beschimpfungen sicherlich ein schnelles Ende bereiten, wie sich auch die CZ

dann zweifelsohne mit dem Inhalt auseinandersetzen wird. Weiter wäre dann zu prüfen, ob sich die Auftraggeber der Firmenanzeigen in der Schülerzeitung, mit deren Hilfe das Machwerk finanziert werden soll, mit dem Inhalt der Schrift identifizieren, ob sie vorher informiert wurden oder ob sie sich arglistig getäuscht fühlen. Der öffentliche Skandal, von dem gesprochen wird, dürfte dann unausbleiblich sein. ..."

Am Ende des Artikels werden namentlich alle verantwortlichen Redakteure aufgeführt. Heute fast ein "Who's who" der Generation (wir wollten aber nicht alle mit der Frage belästigen, ob sie sich heute nicht eher geehrt fühlen würden - deshalb unterbleibt die Namensnennung hier).

Mit Häme berichtet die CZ am 29. Juli: "Nicht das von Altersgenossen redigierte 20-Pfennig-Pornoheft, sondern die soeben ausgehängten Zeugnisse waren gestern Gesprächsthema der Jungen und Mädchen auf dem Nachhauseweg. Am letzten Schultag vor den Ferien, einen Tag, nachdem das auf dem Schulgelände geltende Vertriebsverbot für die neueste Ausgabe von 'bi' bekanntgeworden war, wurde auch kein Versuch beobachtet, die Zeitung auf der Straße zu verkaufen."

Eine Gegendarstellung der Redaktion erscheint am 31. Juli, wobei im wesentlichen aber nur falsche Tatsachenbehauptungen zurückgewiesen werden, nicht aber der eigentliche Skandal benannt wird, nämlich die faktische Unterdrückung von Meinungs- und Pressefreiheit durch die Presse.

Übrigens spielte auch die Wirtschaft mit. Zunächst "informierte" die Rechtsabteilung des Knabergebäck-Herstellers XOX die Redaktion über mögliche strafrechtliche Schritte, falls das Heft vertrieben wird. Dann zogen beide Sparkassen ihre Inserat zurück. Neben die politischen Zensur trat das finanzielle Desaster, denn die Druckkosten über Verkauf und Inserate einzuspielen, wurde unmöglich.

## Boykotthetze oder Terrorkampagne?

Das Ganze spielte sich ab unter einer SPD-Landesregierung mit einem Kulturminister Peter von Oertzen. (Aber der unterstützte zu jener Zeit auch Berufsverbotspraxis der Brandt/Scheel-Regierung, was er immerhin später als seinem größten politischen Fehler ansah.)

Zwar berichteten die "Hannoversche Presse" und der "NDR" kritisch - etwa über die Verbotsbegründung des Landesverwaltungsamtes, wonach die Schülerzeitung bei vielen Eltern von Schülern erhebliches Ärgernis erregt hatten. "Wie denn das?", fragte die HP: "Die betroffene Ausgabe wurde bisher doch noch gar nicht vertrieben." (HP, 28.07.1971) Den Skandal der Denunziations- und Zensurkampagne machten aber auch sie nicht zum Thema. (Ein zweiter NDR-Beitrag wurde übrigens trotz Vorankündigung dann nicht gesendet.) Solidarität oder

Unterstützung durch eine liberale Öffentlichkeit vor Ort erfuhr die Redaktion nicht; es scheint sie nicht gegeben zu haben. Mit einer Ausnahme sind auch Äußerungen von Lehrern oder der GEW nicht bekannt. Es hat den Anschein, alle waren froh, nach dem Beginn der Sommerferien die Deckung nicht verlassen zu müssen. Ein bürgerliches Trauerspiel.

Im September ermittelte die Polizei. Zwei Redakteure wurden vorgeladen. Die Vernehmungen bezogen sich - so RWLE Möller später - auf die folgende Punkte: Gotteslästerung, Planung der Weitergabe unzüchtiger Schriften an Minderjährige und Boykotthetze. Die so genannte Boykotthetze soll übrigens gegen die CZ erfolgt sein. Wie das? In der inkriminierten bi3 gab es auch einen Artikel über den damaligen Feuilleton-Chef Hermann Deubert, der dessen allsonnabendliche Schelte auf den bundesrepublikanischen Kulturbetrieb in Beziehung zur Sprache des Nationalsozialismus brachte und mit dem Satz endete: "... ein weiterer Grund sie [die CZ, der Verf.] nicht zu kaufen." Das Verfahren wurde übrigens eingestellt.

Im November meldete sich ein Teil der alten Redaktion ein letztes Mal zur Sache, ein Flugblatt wurde im HBG verteilt: "Nachdem das Verbot des Verkaufs an der Schule durch den Direktor bekannt wurde, begann die 'Cellesche Zeitung' ihre Terrorkampagne mit Artikeln, die uns in die Nähe von Straftätern rückte, nachdem wir bereits nach intensiver Rechtsberatung eine Selbstzensur unsere Heftes vorgenommen hatten, weil ein Festhalten am ursprünglichen Aussehen nach geltenden Rechtsnormen Strafverfahren gegen die



Einer der "Chef"-Redakteure, RWLE Möller, 1971, handarbeitend

Redakteure befürchten ließ. Daraufhin begann eine Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft Celle, bei deren Verlauf Mitglieder der Redaktion Aussagen bei der Kripo zu Protokoll geben mußten. Inzwischen war das Verbot des Verkaufs an der Schule vom Landesverwaltungsamt Hannover bestätigt worden, und wir baten um eine abschließende Prüfung der Ausgabe durch das Kulturministerium, deren Ergebnis bis heute aussteht. Der Straßenverkauf wurde uns vom 'Ordnungs'amt Celle untersagt, desgleichen die Annahme von Spenden für weitere Ausgaben der Zeitung, da sie geeignet sei, die "öffentliche Ordnung" zu stören. So wurde uns von allen amtlichen und nicht amtlichen Stellen die Hände gefesselt, mit lächerlichen Gründen wurde verschleiert, daß man nicht gewillt war, Kritik an der doppelten Moral und den festgefahrenen Normen der bürgerlichen Gesellschaft zuzulassen."

Mit einer im HBG veranstalteten "bi"-Feté wurde wenigstens ein Teil der Kosten, auf denen die Redaktion saß, aufgefangen. Die im Juli von ihr ausgedrückte Hoffnung darauf, dass "sich fortschrittliche Bürger finden, die bereit sind, in eine faire Diskussion über unser Blatt einzutreten", hatte sich bis dahin nicht erfüllt.

## Es folgte die ... ... Teller-Affaire

Mit der Ausgabe Nr. 2 hatte die bi-Redaktion - wie eingangs erwähnt - den "Wettbewerb um die beste Schülerzeitung 1970" gewonnen. Neben einem Geldpreis von 300 DM erhielt die Redaktion "den vom Herrn Niedersächsischen Ministerpräsidenten als Wanderpreis gestifteten Silberteller".

Als der Wanderpreis im darauffolgenden Jahr zurückgegeben werden sollte, war er zunächst verschwunden, fand sich dann aber Ende April stark beschädigt und verbeult hinter

einer Heizung im SMV-Raum des Gymnasiums. Der Teller war als Aschenbecher benutzt und demoliert worden. Möller wurde aufgefordert, ihn reparieren zu lassen und an das Kulturministerium zurückzuschicken. Im September meldete sich das Kultusministerium bei der Schulleitung und forderte die unverzügliche Rückgabe des Silbertellers. Zwei Redakteure aber teilten knapp mit: "Leider sind wir nicht in der Lage, den von Ihnen geforderten Silberteller zurückzugeben, da er von uns unbekanntem Tätern im Hermann Billung Gymnasium zerstört worden ist." Daraufhin wurde der Schulleiter zu einer Stellungnahme aufgefordert. Oberstudiendirektor Dr. Thomas antwortete sofort und ausführlich. Er erläuterte kurz die aus dem Vertriebsverbot der "bi/3" entstandene Situation:

"Naturgemäß ergaben sich aus dieser Sachlage Spannungen zwischen dem Redaktionsstab einerseits und der Schule wie auch der vorgesetzten Behörde andererseits. Das verstärkte sich noch, als eine schriftliche Anfrage der hauptbeteiligten Schüler beim Kulturminister, ob eine 'gereinigte' Fassung zum Vertrieb auf dem Schulgelände genehmigt werden würde, ohne Antwort blieb. Die Redaktion kam dadurch in erhebliche finanzielle Bedrängnis, da die Druckkosten nun nicht durch den Vertrieb der fraglichen Schülerzeitung aufgebracht werden konnten."

Im Gegensatz zu dieser scheinbar verständnisvollen Sicht steht die im weiteren vom Schulleiter geäußerte Zustimmung zur Einleitung juristischer Schritte gegen Möller. Nach nochmaliger Aufforderung zur Rückgabe durch die zwischenzeitlich beim Regierungspräsidenten in Lüneburg angesiedelte Schulbehörde, gaben die ehemaligen Redakteure den Teller Anfang März 1973 zurück - in zerbeultem Zustand.

## Aufarbeitung - die Erste ...

In einer kleinen Reihe "Heute vor 20 Jahren" schrieb die CZ am 27. Juni 1991: "Die Schülerzeitung 'bi/3' des Hermann-Billing-Gymnasiums erregt Aufsehen. Sexualaufklärung für die einen, Pornographie für die anderen. Eine Druckerei verweigert nach Einsichtnahme den Druck der Schülerzeitung. Die zuständige Behörde erteilt ein Verbot, nachdem der Inhalt bekannt ist. 'Das Pamphlet ist geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören und überschreitet die Toleranzgrenze ...' Ein Skandal in Celle, der sich über Tage und Wochen hinzieht, bis nach Sommerferien 'Gras über die Sache gewachsen ist'. Viele der im Impressum Ausgewiesenen sind dann nicht mehr Schüler des Gymnasiums. Es kommt zu Gegendarstellungen und schließlich beruhigen sich die Gemüter wieder."

## ... und - die Zweite

Jetzt ging es in der CZ gerade um "1968 in Celle". Wie es der Zufall wollte, wurde mit Bernd Polster einer der seinerzeitigen "bi"-Redakteure befragt: "Und was haben Sie 68 konkret gemacht?" Polster:

"Ich habe versucht, etwas auf die Beine zu stellen. Eine sehr schöne Erfahrung war die Arbeit in der

## Biblische Geschichte (1)

Illustrationen aus dem Religionslehrbuch  
"Schild des Glaubens"  
kommentiert von bi



Anitklerikale Montage aus bi/III

Schülerzeitung bi. Der Name, der natürlich auf Kritik stieß, kam daher, weil wir uns progressiverweise mit der Mädchenredaktion vom KAV vereint hatten. Ihre zweite Ausgabe wurde vom Kultusministerium zur besten in Niedersachsen gekürt. Inklusiv ehrenvoller Preisverleihung

im Landtag in Hannover." (CZ, 05.04.2008) Dass Polsters Erzählung hier nicht endete, kann man sich von ihm bestätigen lassen. Für die CZ war aber genau hier Schluss.

## Bi/3 - "... weg von unverarbeiteter Information und billiger Unterhaltung ..."

Hinsichtlich des journalistischen Anspruchs hatte die bi/3 den engen Rahmen einer Schülerzeitung gesprengt. Das war auch der Anspruch der beiden Haupt-Macher, Reinhard Möller und Bernd Polster. "... weg von unverbearbeiteter Information und billiger Unterhaltung ..." verkünden sie auf der Titelseite. Möller etwa untersucht auf vier Seiten "Das Volkslied als Spiegel der Herrschaftsverhältnisse" und Polster legt sich in seiner Analyse mit der Celleschen Zeitung an. In "Die >wahre< deutsche Kunst: >Kunst-Unkunst< >Mensch-Untermensch< beschäftigt er sich mit den Wert-Kategorien des seinerzeitigen Kunst-Kritikers Hermann Deubert: "Es verwundert nicht, daß, wer in solchen Kategorien denkt, lange Haare als Kriterium für die Beurteilung von Menschen ansieht und Nacktheit den Schweinen als Privileg zubilligt." Mit der Wahl von Eberhard Johow als neuen Theater-Intendanten beschäftigt sich ein Artikel von Karl Thomas, wobei insbesondere die ohne Beteiligung von Ensemblevertretern, Publikumsorganisation und Öffentlichkeit erfolgte Auswahl als "Parodie auf absolutistische Geheimdiplomatie" kritisiert wird. Möller berichtet über in "unzensierte schwarzes Brett" über die Verhinderung eines solchen durch den Direktor des HBG. Und in "Amis raus aus Indochina" kritisiert er die Form der Celler Anti-Vietnam-Demonstration vom Dezember 1970: "Wo die Herrschenden mit psychologischer Raffinesse die Masse programmiert haben, nützt uns im Kampf gegen die Programmierung die Holzhammermethode wenig."

Dem 40-seitigen Heft eingelegt war eine 24-seitige Beigabe unter der Überschrift "Widersprüche ohne Konsequenzen - Über eine notwendige Veränderung unserer Einstellung zur Sexualität". Die im Montagestil mit vielen wissenschaftlichen Zitaten gestützte Argumentation lässt sich so zusammenfassen: Trotz der so genannten "Aufklärungswelle" sei Sexualität bei Jugendlichen angstbesetzt. Als Beispiel wird die Tabuisierung bzw. Unterdrückung des Onanierens analysiert. Die in Erziehungsinstitutionen betriebene "Aufklärung" erfolge mit erhobenem Zeigefinger und verweigere sich dem Lust-Aspekt der Sexualität. Als massenmediale Anti-Aufklärung wird zum einen die Scheinwelt des Schlagers betrachtet, zum anderen die Geschäftemacherei der Illustrierten (Stichwort: "sex sells"). Dass dies so gut funktioniere, habe - so die Argumentation - auch mit der Befangenheit in christlichen Traditionen ("Keuschheitsgebot") zu tun. Kritisiert werden weiter das patriarchalen Rollenverständnis der Gesellschaft und die

damit verbundene sexuelle Unterdrückung der Frau. Als Hindernis für die Befreiung der Sexualität werden die Konkurrenz- und Konsumorientierung im Kapitalismus beschrieben. Am Ende gibt's noch einige Ausführungen zur Verhütung und ein Interview zum Thema "Homosexualität und Schule". - Und es ergeht eine Aufforderung an die Schüler. Ihre Frustration würde sich nicht allein durch die bevorstehende Einführung der Koedukation, d.h. die gemeinsame Unterrichtung von "Jungen" und "Mädchen" erledigen (das HBG war ein reines Jungen-, das KAV ein reines Mädchen-Gymnasium): "Die Praxis deutscher Bildungsanstalten lehrt das Gegenteil. Wenn erst einmal die Gefahr sexueller Infizierung besteht, werden 'Schutzmaßnahmen' nicht ausbleiben, um alles steril zu halten.

Dann lauert nicht nur überall der moralische Verfall, sondern bestimmt auch irgendeine Aufsichtsperson, die verhindern soll, daß sich jemand erdreistet, sich mit dem Körper Spaß zu verschaffen. Ich bin jetzt schon auf die Planskizzen gespannt, die das Kollegium zur Überwachung besonders 'gefährvoller' Orte anfertigen wird. Toiletten, abgelegene Räume (z.B. Redaktionsraum) oder dunkle Flure sind Plätze, an denen ständig der Trieb droht. Wenn's doch zum lachen wäre. Ich wünschte es. Leider kann das alles bittere Realität werden. Und diese Art von Erziehung zum 'sauberen Menschen' wird vom Staat sanktioniert sein! Das hält kein Schwanz aus. Und es gibt nur einen Ausweg. Werdet euch eurer Möglichkeiten klar - dazu soll dieses Heft ein ganz kleiner Beitrag sein - und dann wehrt euch, das heißt ihr pocht ganz einfach auf euer Recht. Jeder hat das Recht auf seinen eigenen Körper. Werdet euch darüber klar, daß ihr einen habt und wie ihr euch und ihn bisher habt kleinkriegen lassen. Schmeißt die letzten speißigen Vorurteile über Bord, die euch daran hindern anzufangen. Fangt an!"

Wer sich einen unzensierten Einblick verschaffen will: <http://mitglied.lycos.de/Revista/bi3.pdf> und [http://mitglied.lycos.de/Revista/bi\\_beilage.pdf](http://mitglied.lycos.de/Revista/bi_beilage.pdf)

Erst fünf Jahre später gelang es wieder einer Schülerzeitung, an das Niveau der bi/3 anzuknüpfen: Zündschnur. Für deren Ausgabe 3/77 wurde eine Verbreitung auf Schulgrundstücken auf Betreiben des Rektors des HBG, Dr. Horst Reichel, verboten. Der inkriminierte Artikel hatte das Thema "Sexualerziehung".

## 1. Mai in Celle

"Gute Arbeit muss drin sein!" - so lautet das Motto des DGB zum diesjährigen Tag der Arbeit. Die Forderung nach Mindestlöhnen und einer Korrektur der Rentenkürzungen standen dabei im Mittelpunkt der Rede von Susanne Kremer, der stellvertretenden Landesleiterin von ver.di Niedersachsen auf dem Celler Brandplatz. Vor etwa 150 TeilnehmerInnen erinnerte der DGB-Sekretär Lennard Aldag an die Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten vor 75 Jahren: "Aufgrund dieser historischen Erfahrung sind es insbesondere wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die den neuen Nazis nicht einfach die Straße überlassen dürfen", mahnte Aldag. Als sichtbares Zeichen ergänzte der DGB seine klassische Kundgebung durch ein "Rock gegen Rechts"-Konzert mit den Bands "The Trite", "Pentamonic" und "Alarmsignal". Als Mitveranstalter trat hierbei neben der ver.di- und der IGM-Jugend auch das Bunte Haus auf. Dieser Kooperation war es sicher zuzuschreiben, dass im zweiten Teil der DGB-Veranstaltung der Altersdurchschnitt von etwa 50 auf unter 30 Jahren sank. - In einem eigenen Redebeitrag ging das Bunte Haus über den DBG-Forderungskatalog hinaus und forderte eine Kritik an der Lohnarbeit: "Angst bestimmt, was wir tun. Angst, ohne Job, das heißt ohne Geld zu sein. Angst, den Anschluss zu verlieren. Angst, allein zu sein. Der Stress, den wir spüren, ist der Krach eines zusammenbrechenden Systems - eines Systems, das die menschliche Arbeit immer produktiver gemacht hat. Wenn wir mit immer weniger Arbeit immer mehr produzieren können, warum haben wir dann nicht mehr Zeit? ... Immer mehr Menschen leiden unter Komplexen und Psychosen, die auf den (Arbeits-)Stress und die dadurch zerstörten sozialen Zusammenhänge zurück zu führen sind. Der Stress wird immer größer, wie auch die Angst vor Jobverlust immer größer wird. Auch bei denen, die bereits ihren Job verloren oder erst gar keinen bekommen haben,

ist der Frust groß. Da man in unserer Gesellschaft über seine / ihre Arbeit definiert wird, werden die Menschen, die keine haben, ausgegrenzt. Sie haben das Gefühl wertlos und überflüssig zu sein und eine gesellschaftliche Teilhabe ist ihnen kaum möglich. ... Wir erkennen, wie unmenschlich die Strukturen des kapitalistischen Systems sind, die sich durch alle Lebensbereiche spannen."

## Hehlentorstift an Lobetal

Zum Juli übernimmt die Celler Lobetalarbeit den Betrieb des Altenheims Hehlentorstift; das Gebäude und das Grundstück am Harburger Berg bleiben im Besitz der Stadt. Der Vertrag gilt für zehn Jahre, wobei Lobetal für die Nutzung der Immobilie eine Pacht zahlt, aus der die Schulden der Heimstiftung bedient werden sollen. Der bisherige Träger, die Heimstiftung, soll aufgelöst werden - Vertragspartner Lobetals ist dann die Stadt Celle. Für die 65 Beschäftigten hat Lobetal über den gesetzlichen Bestandsschutz der Verträge über ein Jahr keine weiteren Zusagen gemacht. - Mit einer Aufarbeitung des Desasters der Heimstiftung und der Verantwortlichkeiten, zum Beispiel des Geschäftsführers Gert-Wilhelm Gonell, ist nicht zu rechnen.

## Ab in den Irak

Das in Celle stationierte 2. Bataillon des Royal Anglian Regiment ist ab Anfang Juni für sechs Monate wieder im Irak; offiziell liegt Schwergewicht der rund 4000 Soldaten umfassenden britischen Truppen der Ausbildung und Beratung der 14. (irakischen) Armeedivision in Basra. - In den drei Jahren nach der amerikanischen Invasion im März 2003 sind nach einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Irak rund 150.000 Zivilpersonen ums Leben gekommen. Auf Grundlage einer Bevölkerungsbefragung kam das briti-

sche Institut Opinion Research Business (ORB) allerdings zu dem Ergebnis, dass seit 2003 mehr als eine Million Zivilisten aufgrund des Konflikts ums Leben gekommen sind.

## Ziel 1 Träume geplatzt

Auch wenn Oberbürgermeister Biermann beschwichtigt - die hochfliegenden Träume der Stadt mit europäischen Fördermitteln aus dem so genannten "Ziel-1"-Topf Stadtentwicklungsprojekte wie den Ausbau der Hafensinsel zu einer "Marina" umsetzen zu können sind weitgehend geplatzt. Aus dem Topf für Stadtentwicklung erhielt Celle 4,5 Millionen Euro zugesprochen. Diese verschwinden zum größten Teil im Ausbau des Neumarktes - nicht gerade ein "Leuchtturm"-Projekt. Eine ganze Reihe beantragter Projekte sind definitiv abgelehnt worden, z.B. das geothermische Kraftwerk. Die Umgestaltung des Bomann-Museums, die Überdachung des Schlossinnenhofes und die Sanierung des Theaters sowie der Ausbau des Hochwasserschutzes befinden sich im Stadium der Vorgespräche. Die vorhandenen Fördertopfvolumen sind aber nicht so, dass sich die Stadt allzu große Hoffnungen machen dürfte.

## Stromsperrer SVO

Es muss ein Ende haben mit den hohen Zahl an Sperren, die die Stromversorgung Osthannover, gegenüber säumigen Kunden verhängt. Das meint jedenfalls Andreas Hauptmeyer. Für das Bündnis Soziale Gerechtigkeit hat er im Kreistag den Antrag gestellt, dass mit der Einstellung einer SozialarbeiterIn ein Puffer zwischen den Energieversorger und seine Kunden geschaltet werden müsse. Es vergeht keine Woche, in der sich die Sozialberatung des BSG nicht um Menschen kümmern müsse, denen häufig wegen vergleichsweise geringer Beträge der Strom abgeschaltet würde. "Dabei nimmt die SVO keinerlei Rücksicht darauf, ob Kinder oder

Kranke in dem jeweiligen Haushalt sind", kritisiert der Kreistagsabgeordnete. Eine SozialarbeiterIn könne mit den Betroffenen und den zuständigen Institutionen nach Lösungen suchen, um die Sperrung der Energie zu verhindern. Hauptmeyer ist der Auffassung, dass sich SVO, Landkreis und Agentur für Arbeit die Kosten dieser Stelle teilen sollten. Eine Behandlung im Sozialausschuss des Kreistages steht aus.

## Wahlfälschung zugunsten der CDU?

Gegen die Betreiberin eines Seniorenheims in Hornbostel (Wietze) ist ein Strafbefehl wegen Wahlfälschung erlassen worden. Sie hatte bei der Kommunalwahl 2006 - so die Auffassung von Staatsanwaltschaft und Gericht - Bewohner ihrer Heime dahingehend manipuliert haben, ihrem Ehemann oder ihrem Sohn die Stimmen zu geben. Für die CDU ist - im wesentlichen wohl basierend auf diesen Briefwahlstimmen - ihr Mann, Heinz-Günter Bode in den Wietzer Gemeinde- und den Hornbosteler Ortsrat eingezogen. Die Altenheim-Chefin bestreitet die Vorwürfe. - Da die Wietzer SPD seinerzeit Einspruch gegen das Briefwahlergebnis eingelegt hatte, muss der Gemeinderat wohl demnächst entscheiden, ob Teile der Wahl wiederholt werden sollen.

## Stolpersteine

Die letzten fünf von insgesamt jetzt 54 "Stolpersteinen" für Opfer des Nationalsozialismus hat der Kölner Künstler Gunter Demnig im März verlegt. Darunter ist auch einer für den Kommunisten Paul Hartmann, der aus dem Konzentrationslager heraus in ein so genanntes Bewährungsbataillon der Wehrmacht gesteckt wurde (Birkenstr. 19). Bei dieser als Todeskommando geltenden Einheit kam er in Griechenland ums Lebens. - Ebenfalls gedacht wurde Arthur Wese in der St. Annenstr. 8; er

war unter dem Vorwurf der "Homosexualität" ins Celler Zuchthaus gekommen und durch die Zwangsarbeit in Torfwerken so schwer erkrankt, dass er nur 39-jährig im Mai 1942 starb (mehr unter <http://hannover.gayweb.de/huk/vehn/stolpersteine/Wese-Celle.html>)

## Agentur und Landkreis

Als es um die Umsetzung von Hartz IV ging entschied man sich in Celle für einen Sonderweg. Die Arbeitsagentur war weiter für die "Betreuung" der Erwerbslosen und die Zahlung der Regelleistung zuständig, der Landkreis übernahm die Zahlung der "Kosten der Unterkunft". Diese getrennte Aufgabenwahrnehmung wird nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das genau dies fordert, von der Arbeitsagentur als vorbildlich dargestellt. Der Landkreis hingegen sieht die Gelegenheit gekommen, alles unter seine Fuchtel zu bringen und eine so genannte "Optionskommune" zu werden. Angesichts dessen, was er sich bei den "Kosten der Unterkunft" gegenüber den Betroffenen leistet, werden diese das eher als Drohung verstehen. - Die Erwerbslosen selbst werden - hat jemand etwas anderes erwartet - nicht nach ihrer Meinung gefragt.

## Schülermonatskarte bei ALG II

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hatte in einem Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes die Sozialleistungsträger verpflichtet, aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalls die Kosten einer Schülermonatskarte für ein Mitglied einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft zu übernehmen. Das Gericht begründete seine Entscheidung wie folgt: Ist der Besuch der 11. Schulklasse beim nächstgelegenen, 22 km entfernten Gymnasium nur bei Benutzung öffent-

licher Verkehrsmittel möglich, kann gegen den Leistungsträger gemäß § 73 SGB XII ein Anspruch auf Übernahme der Kosten einer Monatskarte bestehen. Der Einsatz öffentlicher Mittel zur Erstattung von Schülerbeförderungskosten ist im Sinne dieser Vorschrift gerechtfertigt, um die Teilhabechancen an der schulischen Ausbildung für Jugendliche aus armen Haushalten zu fördern. (Urteil vom 03. Dezember 2007, L 7 AS 666/07 ER) - Über vier Monate brauchte daraufhin trotzdem das Sozialamt des Landkreises Celle, um für gleichgelagerten Fälle die Bewilligungspraxis umzustellen. Bisher waren derartige Anträge in Celle abgelehnt worden. Der Erste Kreisrat Matthias Krüger zeigte sich gegenüber der CZ nicht gerade erfreut, dass jetzt Sozialhilfeträger für Leistungen einspringen sollten, die nicht vom Arbeitslosengeld II abgedeckt werden. Es könne ja wohl nicht sein, dass der Landkreis zur Reservekasse des Bundes werde.

## AKH: Schluss mit der 80 Stunden Woche!

Nach einer Anzeige von Ärzten wegen zu langer Schichten am Allgemeinen Krankenhaus hat die Klinikleitung zugesagt, die wöchentliche Arbeitszeit für Ärzte vom 1. Juli an auf maximal 50 Stunden zu begrenzen. Das staatliche Gewerbeaufsichtsamt hatte bei der Überprüfung deutliche Überschreitungen der zulässigen Arbeitszeiten von maximal 60 Stunden pro Woche festgestellt und ein Bußgeldverfahren eingeleitet.

Am Pranger standen ausnahmsweise mal die Vorstandsmitglieder aus Kommunalverwaltungen, Politik und gesellschaftlichen Institutionen. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass die Herren Wiswe, Biermann usw. keinerlei Ahnung davon hatten, was im AKH läuft. Und wenn Wiswe dann als eine Verteidigungslinie noch ins Feld führte, dass manche Mediziner aus Zuverdienstgründen darauf bestünden, 60 Stunden zu arbeiten, so war dies weder dazu geeignet, das Vertrauen ins

AKH, noch in deren Leistungsgremien zu fördern. Denn das wurde in der öffentlichen Diskussion schon deutlich: Auf übermüdete Ärzte und überlastetes Pflegepersonal wollen die meisten Menschen gern verzichten. Da zogen dann auch Argumente dahingehend wenig, dass es sich nicht um ein spezielles AKH-Problem, sondern um die Krankenhausfinanzierung im allgemeinen handele. Man fragt sich ja tatsächlich, wer die Verantwortung dafür trägt bzw. tragen will, dass Ärzte an die 80 Stunden in der Woche arbeiten "dürften"? Und man sollte sich eigentlich auch fragen, ob dieser Personen länger tragbar sind? Doch so weit ging die Celler Diskussion dann nicht.

### **AAC im VS-Bericht**

Die "Antifaschistische Aktion Celle" (AAC) fand jetzt Erwähnung im Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 2007. Warum? Sie hatte als Teil eines "Bündnisse gegen Geschichtsrevisionismus" gegen einen "Trauermarsch" von Neonazis in Bad Nenndorf im Juli 2007 zu einer Demonstration aufgerufen. Aus einem im Internet veröffentlichten Positionspapier zu dieser Demonstration pickten sich die Verfassungsschützer einen Satz ("Wenn wir als AntifaschistInnen gegen Nazis aktiv werden, dann steht dahinter auch immer der Kampf gegen Rassismus, ob an Stammtischen oder in Gesetzen, und gegen das kapitalistische System als Ganzes"), um allen unterstützenden Initiativen das Etikett "linksextremistisch und linksextremistisch beeinflusst(e)" anzuhängen. Den Nazis um das "Aktionsbüro Norddeutschland" und die "Nationale Offensive Schaumburg" ging es übrigens mit ihrem "Trauermarsch" darum, Naziverbrecher zu "rehabilitieren".

### **Nabu gegen Ostumgehung**

Mit einer Stellungnahme hat sich Landesverband des Naturschutzbund Niedersachsen gegen die in Celle geplante Ostumgehung gewandt, da "es durch die Ausgestaltung der Ortsumgehung als Ostumgehung zu

massiven Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft und gravierenden Beeinträchtigungen wichtiger Naherholungsgebiete der Celler Bürger kommt". Dass der erste Teilabschnitt sich bereits in der Realisierung befindet, dürfte für die weiteren Teilabschnitte keinen Automatismus nach sich ziehen: "... eine , im Nachhinein als verfehlt erkannte, Planung darf nicht allein deswegen fortgesetzt werden, weil sie sich an die vorangegangenen Teilabschnitte anschließt." Dass sich der NABU weiterhin für den Bau einer Westumgehung ausspricht, ist aus ökologischer und verkehrspolitischer Sicht zwar ärgerlich, nimmt den Argumenten gegen die Ostumgehung aber nichts von ihrem Gewicht. Die neunseitige Stellungnahme findet sich auf der website des NABU Celle ([www.nabucelle.de](http://www.nabucelle.de)).

### **Schwarz-Grün im Kommen**

Bei der ganzen Diskussion um ein Einkaufszentrum in der Celler Altstadt zeigte sich in der Vergangenheit schon die Nähe von Teilen der CDU-Fraktion und der Bündnisgrünen im Stadtrat. In der letzten Ratssitzung sah man sie dann erstmals Hand in Hand. Und wie die CDU Chefin Astrid Peters den Sozialdemokraten den Zobel ausspannte, hatte taktisches Format. Es ging um die Besetzung des Beirats der Citymanagement GmbH & Co. KG mit fünf Ratsmitgliedern. Gemäß der Niedersächsischen Gemeindeordnung verteilt sich dies - angesichts der Fraktionsstärken in Celle - auf je zweimal CDU und SPD sowie einmal FDP (plus jeweils Stellvertreter). Die Grünen beantragten, abweichend allen vier Fraktionen (also auch ihnen) einen Beiratssitz zuzusprechen und der CDU zwei. Für ein von der NGO abweichendes Verfahren wäre aber eine Einstimmigkeit erforderlich gewesen. Die Sozialdemokraten gaben sofort bekannt, dass sie nicht die Absicht hätten, auf einen der beiden ihrer Sitze zu verzichten. - Da beantragte die CDU-Chefin Peters eine Sitzungsunterbrechung und bot nach kurzer Beratung den Grünen an, einen der ebenfalls zu wählenden Stellvertreterposten an die Grünen abzu-

treten. Materiell hat die für die Grünen den Vorteil, wie die anderen Fraktionen die schriftlichen Unterlagen und Protokolle des Beirats zu bekommen. Fast wichtiger aber scheint die symbolische Ebene: Das macht man nur mit und für Leute, denen man vertraut. Die Celler CDU macht die Tür auf für "Jamaica". Nun kann's noch Biermann verhindern, der die formal problematische Konstruktion juristisch überprüfen lassen will.

### **Gaspreiserhöhung um 20 %**

Zum 1. August erhöht die Stromversorgung Osthannover die Gaspreise um rund 20 Prozent. Ein durchschnittlicher Vier-Personen-Haushalt hat so künftig im Jahr etwa 250 Euro mehr zu zahlen. Das Internetportal verivox.de sieht die SVO damit an der Spitze der Preiserhöhungswelle. Im Durchschnitt liegen die anderen 154 Vergleichsunternehmen bei angekündigten Preiserhöhungen von knapp 8 Prozent. In einem Ranking aller Anbieter liegt die SVO mit ihrer Preisgestaltung damit auf Platz 130.

### **Verfahren gegen zwei Antifas eingestellt**

Am 06. Juli 2007 präsentierte sich das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus auf dem Heeseplatz bei dem dort satt findenden Stadtteilst. Es dauerte nicht lange und die Stadtbekanntesten Celler Neonazis der Kameradschaft 73 bzw. der "Bürgerinitiative zur Schließung des Bunten Hauses" tauchten auf und provozierten am Stand des Forums. Einige Leute vom Stand und auch Umstehende stellten sich ihnen entgegen. Die Nazis entblödeten sich nicht, Anzeige gegen zwei Antifas zu erstatten. Es wurde ermittelt, Leute wurden zur Polizei vorgeladen - nun wurde das Verfahren unter der Auflage einer Zahlung von je 100 Euro eingestellt.

Es war wohl der Versuch, Antifas zu verunsichern. Nun, nach fast einem Jahr ist der Spuk vorüber.

# Nach Jagd auf Kurden

Im Jahre 2006 schien sich die Gaststätte "Bayrische Botschaft" in der Bergstrasse zu einem lokalen Treffpunkt für die Neonazi-Szene zu entwickeln. Der damaligen Geschäftsführer Rüdiger Räke, der u.a. wegen Raubes und Brandstiftung vorbestraft ist und als gewaltbereit gilt, hatte damit offensichtlich keine Probleme. Da er auch Pächter des Schützenheims unter den Eichen war und dort den Nazis ein Rechtsrockkonzert ermöglichen wollte, liegt der Verdacht nahe das zu seinen finanziellen Interessen auch politische kommen. Die Polizei hat das Konzert am 17. September 2006 aufgelöst. Mittlerweile hat die Bayrische Botschaft einen neuen Betreiber und einen neuen Namen.

Am 10. November 2006 war das noch nicht so. Da trafen sich in der Bayerischen Botschaft Neonazis, um den Geburtstag von Janice Kaufmann zu feiern. In den frühen Morgenstunden war sie es, die auf der Strasse bei einer Raucherpause mit einem Kurden einen Streit anzettelte und diesen als "Kanake" beschimpfte. Anschließend ging sie wieder zu ihren Kameraden und erfand die Mär sie wäre von dem Kurden angegriffen worden. Daraufhin stürmten 20-30 Neonazis nach draußen und der Kurde konnte sich mit einem Freund nur noch in die gegenüberliegende Sportsbar retten und die Tür verriegeln. Die Nazihorde schlug gegen Tür und Fenster und rief "Wir machen euch kalt". Als die Polizei eintraf wurde diese ebenfalls attackiert mit den Worten "Das sind nur sechs. Mit denen werden wir fertig".

Die Neonazis selbst stellen sich wieder als Opfer dar. Im Internet behaupteten sie, dass sie zuerst von einer kleinen Gruppe Kurden beschimpft wurden und dass dann die Polizei "ohne erkennbaren Grund (...) einige Kameraden (...) mit äußerster Brutalität in Gewahrsam" nahm.

Am 22.04.2008 landete der Fall nun vor dem Amtsgericht in Celle. Laut Cellescher Zeitung wurden "vier rechtsextreme Celler" verurteilt. Janice Kaufmann wurde zu einer Geldstrafe wegen Beleidigung verurteilt. Ihr Lebensgefährte Dennis Bührig, derzeit Kopf der Kameradschaft 73 und ehem. Landtagskandidat 2008 der NPD im Wahlkreis Bergen, wurde zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Andre Zwarg erhielt eine Geldstrafe in Höhe von 2800 Euro und ein weiterer Neonazi

bekam wiederum eine Bewährungsstrafe von sechs Monaten.

Ob es was nützt ist fraglich. Am 01. Mai demonstrierten ca. 700 Neonazis in Hamburg unter dem Motto: "Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen". Die sich auf Demonstrationen sonst nach außen friedfertig gebenden Neonazis zeigten hier ihr wahres Gesicht, begünstigt durch eine geringe Polizeipräsenz und machten Jagd auf Journalisten. In Hamburg waren auch wieder Neonazis aus Celle anwesend, neben Klaus Hellmund, Helge Grotjans auch die beiden erst wenige Tage zuvor verurteilten Dennis Bührig und Janice Kaufmann. Bührig feiert die rechten Gewalttätigkeiten im "Wikinger-Forum" unter seinem Usernamen Odal: "Das kriminelle linke Gesindel" hat (...) zu spüren bekommen, dass der nationale Widerstand wehrfähig ist, wenn es darum geht, sein Recht auf die Straße zu erkämpfen, und freut sich "dieser Tag (hat) einfach nur das gehalten, was er versprochen hat".

Offensichtlich hatte der Richter mit der Bewährungsstrafe kein glückliches Händchen, um es vorsichtig auszudrücken.

Bereits am 29. März nahmen ca. zehn Celler Neonazis an einem rechten Aufmarsch in Lübeck teil. Auf der geschichtsrevisionistischen Demonstration sprach neben dem frisch entlassenen wegen Waffenhandels zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilte Peter Borchert auch Dennis Bührig. DK



Dennis Bührig (Bildmitte) am 1. Mai 2008 in Hamburg auf dem Hügel auf dem kurz zuvor von Neonazis auf Journalisten eingeschlagen wurde ( Bild: [www.endstation-rechts.de/](http://www.endstation-rechts.de/) )

# Über 3 Millionen Euro zu wenig an Hartz IV-Empfänger gezahlt!

Rund eine Million Euro im Jahr, so vermutete Celles Landrat Klaus Wiswe in der Sozialausschusssitzung am 28. März 2008, würde die Kreisverwaltung ein Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen kosten. Das hatte im März in einem Hauptverfahren entschieden, dass die Angemessenheitskriterien der für die Kosten der Unterkunft bei Hartz IV-Empfängern zuständigen Behörde keine Gültigkeit beanspruchen können. Je nach Haushaltsgröße werden Erwerbslosen im Einzelfall seit drei Jahren 60 bis 100 Euro im Monat für die Wohnkosten vorenthalten. Rechnet man die Schätzung des Celler Landrats hoch, wurden den Ärmsten der Armen in Stadt und Landkreis Celle seit Einführung von Hartz IV rund drei Millionen Euro vorenthalten.

Als "reiner Vorsatz auf Kosten der Ärmsten" hatte der Celler Rechtsanwalt Jörg Meyer-Andersen die Praxis des Landkreises noch im Februar geißelt. Der Vorsatz besteht

aus seiner Sicht darin, dass sich der Leistungsträger entgegen einer durchgängigen Rechtsprechung der Gerichte über Jahre weigerte, seine rigiden Angemessenheitsrichtlinien zu ändern. 4,86 Euro pro Quadratmeter in der Stadt und 4,35 Euro/qm in den meisten Landkreisgemeinden galten als angemessene Obergrenze. Erste Entscheidungen gegen diese zu niedrige Richtlinie gab es schon zu Zeiten der Sozialhilfe. Immer wieder verwiesen bis 2005 die Verwaltungs-, später die Sozialgerichte darauf, dass in Städten und Gemeinden, die nicht über einen Mietspiegel verfügen, die Wohngeldtabelle als Maßstab gelten solle. Der Landkreis scherte sich nicht darum, verwies auf einen vermeintlichen Einzelfallcharakter. Und er verlor ein Verfahren nach dem anderen, wo Betroffene einstweiligen Rechtsschutz beehrten. Für all jene, die sich nicht wehrten, aber blieb es bei der rechtswidrigen Anwendung der zu niedrigen Quadratmeterpreise.

Erst eine Entscheidung in einem Hauptsacheverfahren vor dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen machte diesem Spuk ein Ende. In einem Grundsatzurteil entschied der 7. Senat des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen am 11. März 2008 (L 7 AS 332/07), dass als Richtlinie für die Angemessenheitsobergrenze die Wohngeldtabelle zugrunde gelegt werden muss und hier die rechte Spalte plus 10 Prozent.

Die folgende Tabelle gibt einen annähernden Überblick über die Unterschiede:

Haushaltsgröße

| Haushaltsgröße | Bisher 4,86 €/qm + ca. 1 €/qm NK | LSG-Beschluss | Differenz |
|----------------|----------------------------------|---------------|-----------|
| 1 / 50 qm      | 293,00                           | 357,50        | 64,50     |
| 2 / 60 qm      | 351,60                           | 434,50        | 82,90     |
| 3 / 75 qm      | 439,50                           | 517,00        | 77,50     |
| 4 / 90 qm      | 504,00                           | 517,00        | 95,50     |
| 5 / 100 qm     | 586,00                           | 687,50        | 101,50    |

Das Problem eines detaillierten Vergleichs besteht darin, dass die Werte der Wohngeldtabelle die kalten Nebenkosten einbeziehen und die 4,86 Euro/qm zunächst nur die reine Kaltmiete darstellen. Da der Landkreis in der Regel einen Euro pro qm bei den kalten Nebenkosten für angemessen hält,



kommt man etwa auf die in der Tabelle angegebenen Vergleichswerte.

Wie die Tabelle belegt, hatten Betroffene in der Vergangenheit aber Lücken von 60 bis 100 Euro aus ihrer Regelleistung, die eigentlich das Existenzminimum darstellt, abzudecken - oder sie mussten umziehen.

Nach dem Hauptsacheurteil verkündete Landrat Wiswe endlich in der Sozialausschusssitzung am 28. März 2008, dass der Landkreis mit sofortiger Wirkung seine Bewilligungspraxis ändere. Künftig würden die Mietkosten an den Werten der rechten Spalte der Wohngeldtabelle zuzüglich eines Aufschlags von 10% gemessen. Noch nicht abgeschlossene Widerspruchs- und Klageverfahren würden auf dieser Basis ebenso erledigt.

Für die Vergangenheit aber soll die rechtswidriger Praxis des Landkreises und der Leistungsbetrag in Millionenhöhe keine Konsequenzen haben. Nach Ansicht von Rechtsanwälten und Erwerbsloseninitiativen wären aber auch die falschen Bewilligungsbescheide der Vergangenheit zwingend zu überprüfen und zu korrigieren. Andreas Hauptmeyer vom Bündnis für Soziale Gerechtigkeit hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Der Landkreis soll die Zugunstenregelung nach Paragraph 44 des SGB X anwenden, und alle Bescheide überprüfen, in denen bei der Kostenerstattung eine Differenz zwischen der Zahlung und der durch das Landessozialgericht vorgegebenen Obergrenze zu verzeichnen war. Und selbstverständlich fordert er auf dieser Basis die Rückerstattung der Differenzbeträge an die benachteiligten Leistungsempfänger. "Aus meiner Sicht hat der Landkreis seine Linie gefahren, um bei der Erstattung der Mieten auf Kosten der Betroffenen Gelder einzusparen," so der BSG-Kreistagsabgeordnete. Das falle Landrat Wiswe und Kreisrat Krüger jetzt auf die Füße. Parallel hat Hauptmeyer, der für die BSG auch im Stadtrat sitzt, dort beantragt, die Richtlinie des Landessozialgerichts auch auf Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) anzuwenden.

Ob andere Parteien diese Sicht unterstützen, war bis zum Redaktionsschluss nicht abzusehen. Die Grünen hatten im Februar 2008 erfreulicherweise endlich prinzipielle Anwendung der Wohngeldtabelle gefordert. Das Verhalten der SPD-Kreistagsfraktion ist dagegen eher verhalten. Eine Gerechtigkeitslücke sieht man dort bisher nur dadurch entstehen, dass der Landkreis die geänderte Richtlinie erst bei jeweils neuer Antragstellung in Kraft setzen will. Vonseiten der Verwaltungsspitze des Kreises und der CDU/FDP-Mehrheit ist realistischere nichts anderes zu erwarten, als dass sie sich mit Händen und Füßen gegen rückwirkende Ansprüche wehren werden. Das Gejammer über die "Unmöglichkeit" die erforderlichen Mittel im Haushalt aufzubringen, kann man sich jetzt schon vorstellen. Doch diese Krokodilstränen sollten niemanden darüber täuschen, dass dieses Geld über Jahre den Betroffenen rechtswidrig vorenthalten wurde.

## **Internet-Ratgeber für Menschen in unsicherer Beschäftigung**

Befristet, unterbezahlt, nicht sozialversichert - für Beschäftigte in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen hat der DGB-Bundesvorstand eine neue Ratgeberseite ins Internet gestellt. Sie sind: befristet beschäftigt, Minijobber/in, (Allein)Selbstständig, Honorarkraft, Zeitarbeiter/in, Ein-Euro-Jobber/in, in Arbeitsgelegenheit (MAE Kraft), Praktikant/in oder in Teilzeit beschäftigt?

Aus diesen Arbeitsverhältnissen ergeben sich viele Fragen. Auf der website

[http://www.dgb.de/themen/prekaere\\_beschaeftigung/faq/index\\_html](http://www.dgb.de/themen/prekaere_beschaeftigung/faq/index_html)

können Sie sich über die wichtigsten Aspekte der jeweiligen Beschäftigungsform informieren. Sollten dennoch Fragen offen bleiben, können Sie sich mit einer kurzen Mail an den DGB wenden.

Betroffene werden sich zunächst individuell wehren müssen. Entsprechende Musterentwürfe für Überprüfungsanträge hält die BSG in ihrem Büro in der Neustadt 23 bereit; die können auch auf der Website der Erwerbsloseninitiative Celle ([www.erwerbslosenini-celle.de](http://www.erwerbslosenini-celle.de)) heruntergeladen werden.

Ach so: Jetzt macht sich der Landkreis daran, für rund 75000 Euro ein Wohnungsmarktgutachten in Auftrag zu geben, mit dem "gerichtsfest" Quadratmeterpreise ermittelt werden sollen. Die Hoffnung: Zu Werten zu kommen, die unterhalb der Wohngeldtabelle liegen.

## **Nacht rag:**

Auch bei den Heizkosten hat der Landkreis seine eigene Philosophie. Mit großem Aufwand versucht man über Durchschnittsverbrauchszahlen eine "Angemessenheitsgrenze" festzulegen, um auch bei den Heizkosten "zu sparen". Dass das Sozialgericht Lüneburg diese Praxis durchgängig abweist, weil es halt immer um die tatsächlichen Heizkosten geht, interessiert den Landkreis wenig. Das Motto scheint auch hier zu sein: Nur wer sich wehrt, bekommt am Ende Recht. Genervt zeigen sich mittlerweile dadurch die Sozialrichter. Anfang Mai erhielt der Landkreis ein Schreiben aus Lüneburg, in dem sich der ausdrückliche Hinweis auf die Möglichkeit befand, "Ihnen gemäß 192 Abs. 1 Nr. 2 SGG Mutwilligkeitskosten aufzuerlegen, wenn Sie an Ihrer Rechtsposition festhalten". D.h.: Lüneburg droht an, dem Landkreis die Verfahrenskosten aufzuerlegen, weil dieser offensichtlich "rechtsmissbräuchlich" handelt.

Der neue Celle-Krimi

## Die Schwestern im Jenseits

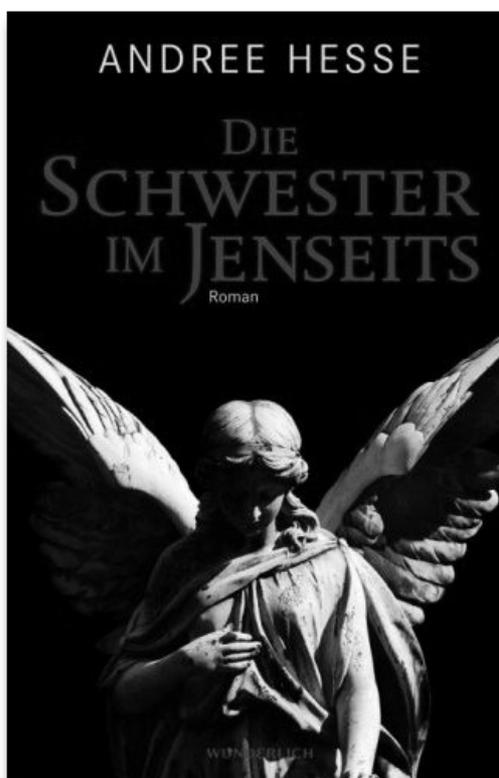
Alle ein, zwei Jahre kann Celle für den kurzen Augenblick von rund 400 Buchseiten einiges vom dieser Stadt anhaftenden Provinziellen abstreifen. Nämlich dann, wenn der neue Krimi von Andree Hesse auf den Markt kommt. Mit "Judaslohn" (2005) und "Das andere Blut" (2006) hat der in Berlin lebende Autor schon zwei Bücher vorgelegt, die sich zwar im Genre des Lokalkrimis bewegen, sich aber qualitativ deutlich von denen anderer Autoren (Bella Q, Oehlschläger) abheben. Das ist nicht mehr Niedersachsenliga, sondern kurz vor dem Aufstieg in die Erstklassigkeit. Kein Wunder, sammelt doch Hesse durch seine Übersetzungen des britischen Krimiautors Simon Beckett permanent "Premier-League"-Luft.

"Die Schwester im Jenseits" ist der Titel des gerade erschienenen neuen Buches. Auf dem Schützenplatz ist ein junger, gerade aus der Haft entlassener Kurde mit einem Distanzschuss ermordet worden. Der uns schon aus den beiden vorherigen Krimis bekannte Kommissar Arno Hennings nimmt mit seinem Team die Ermittlungen auf. Die Spuren scheinen zunächst ins Drogenmilieu zu weisen, aber auch Neonazis kommen als Täter in betracht. Doch immer geheimnisvoller gestalten sich die Begegnungen von Hennings mit den kurdischen Freunden und Verwandten des Toten. Hennings stößt auf eine ihm weitgehend unbekannte Welt, auf kollektive Traumatisierungen und unterschiedliche Verarbeitungsmuster. Im Mittelpunkt steht dabei der Dosto, von dem der Kommissar in die Religion und die Mythen der ezidischen Religion eingeweiht wird. Rätselhafter ist Jian, die Schwester des Toten, die sich aber selbst den Namen Ronahi gegeben hat und sich so als Sympathisantin der kurdischen Befreiungsbewegung ausweist. Manche Ermittlungsfäden führen (wieder) ins Milieu der Neonazis (dabei werden die Namen Köhler und Hellmann LeserInnen unserer Zeitung nicht unbekannt sein). Und ein Treffen bei einer Sonnenwendfeier scheint die Schläger der "Kameradschaft 18" auch mit einem entlassenen britischen Soldaten und Skrewdriver-

Fans zusammengeführt zu haben. Alle irgendwie Verdächtigen - stellt sich heraus - haben eine Beziehung zu dem Arzt Dr. El Tahir, der nur wenige Tage nach dem Mord verschwunden ist ...

Der Zufall sei eine Kette von Folgen, hört Hennings von Dosto über eine religiöses Motiv der Eziden. Und obwohl auch auf Ermittlerseite "Kommissar Zufall" gelegentlich die Spurenlage verdichtet, zeigt sich Hesse über seine Protagonisten doch viel mehr an biografischen Hintergründen interessiert. Hass und Liebe, Macht, Geld und Gier, Eifersucht und Rache sind ja die wiederkehrenden Motive des Verbrechens in der bürgerlichen Gesellschaft, ihr jeweiliges Entstehen - kollektiv oder individuell - ist aus der Vergangenheit zu entschlüsseln.

Noch mehr als in den vorhergehenden Büchern beweist Hesse eine Qualität darin, Hintergründe von Milieus gut zu recherchieren und über die jeweiligen Protagonisten lebendig zu vermitteln. Diesmal fokussiert er die kurdische Community: ihre kollektive Verfolgungsgeschichte, die Unterdrückung der Bevölkerungen im Irak und in der Türkei, die Besonderheiten der ezidischen Religion, die "Verlorenheit" der älteren Generation im Umfeld einer "modernen" Gesellschaft, aber auch die Identitätskonflikte der jüngeren Generationen. Man kann dem Autor fast dankbar sein für diese Themenwahl; denn viele LeserInnen werden wohl erstmals einen so bewegenden Eindruck in die traumatisierenden Konsequenzen der Verfolgung und Unterdrückung bekommen. Denn trotz eines nun jahrzehntelangen Zusammenlebens, weiß "man" wenig voneinander in dieser Stadt. Vor allem Stereotype haben sich festgefressen in dieser Zeit. Hennings Kollege Müller repräsentiert einige davon, z.B. die Verdächtigung der durch Drogenhandel von Clans finanzierten Häuserkäufe. Und selbst wenn das kurdische Bild von den beziehungslosen Deutschen in Arno Hennings durchaus eine Entsprechung zu finden scheint, ist doch auch dies nur ein Klischee. Dass die scheinbar nicht aufzuhebende



Distanz beider Gruppen aber in den unterschiedlichen, zum einen eher individualisierten, zum anderen auf Familienzusammenhänge bauenden Lebensmodellen begründet ist, mag einem dabei aufgehen.

Durch die Verschränkung mit parallel erzählter Geschichte, die sich vor zwanzig Jahren im irakisch-türkischen Grenzgebiet abspielt, erzeugt Hesse zudem nicht nur einen weiteren - nur den LeserInnen eröffneten - geheimnisvollen Raum; er führt uns heran an Geschehen, die wir zumeist nur im gefilterten Stil der Nachrichten zur Kenntnis nehmen. Und die Verbrechen, die er schildert, sind leider nicht seiner Phantasie entsprungen.

Letztlich aber ist es ein Roman. Hesse spielt wieder mit dem Motiv des einsamen Verlierers, denn Hennings' Freundin hat sich inzwischen von ihm getrennt und lebt mit dem gemeinsam Kind wieder in Polen. Die GermanistInnen dürfen sich von Motiven wie "Der Held und sein Wetter" (Winter, Schnee, Eis, Tauwetter) unterhalten sehen oder sich an ihre

Seminararbeit "Die Musik als Spiegelbild der Gefühle" erinnern (diesmal Soulmusik der 60er). Und was in der ersten Hälfte des Buches zum Teil als Abarbeitung eines Zettelkastens erscheinen mag, wandelt sich zunehmend in "großes Kino". Drehbuchmäßig erhöht der Autor das Tempo und die Dramatik. Dass er dabei im Finale in Hollywood-Sequenzen landet (gut gemacht im übrigen), sei ihm verziehen. Eher jedenfalls als die Schlichtheit, mit der sich zuletzt doch alles halbwegs übersichtlich in Gut und Böse sortiert. Im (wirklichen) Leben ist's etwas unübersichtlicher.

Wer gern Krimis liest, sollte zugreifen. Und verschenken könnte man das Buch ja mal an Freunde, die sich unter der Sonne von Antalya lesend entspannen wollen.

Andree Hesse: Die Schwestern im Jenseits. Wunderlich Verlag, 414 Seiten, ISBN 13: 978-3805208574, 19,90 Euro.

## TERMINE

**Mi. 11.06.2008, 19:00 Uhr**  
Mobilisierungsveranstaltung  
zur Antifaschistischen Demonstration  
"Schluss mit dem Nahtzischeiss"  
anlässlich der Sommersonnenwendfeier  
bei Nahtz in Eschede  
Veranstalter: Antifaschistischen Aktio-  
nen Celle und Lüneburg / Uelzen  
Buntes Haus, Celle  
Hannoversche Straße 30f

**Mo. 16.06.08, 19:00 Uhr**  
Veranstaltung: "Rechtsextremismus auf  
dem Lande"  
Referenten: Pastor Klaus J. Burckhardt  
und Pfarrer i.R. Hartmut Bartmuß  
Gasthaus "Zur Post" in Scharnhorst bei  
Eschede  
Veranstalter: Forum gegen Gewalt und  
Rechtsextremismus

**Mi. 18.06.2008, 19:00 Uhr**  
Vortrag über die "Heimattreue deutsche  
Jugend (HDJ)"  
von Andrea Röpke  
Veranstalter: Antifaschistischen Aktio-  
nen Celle  
Buntes Haus, Celle  
Hannoversche Straße 30f

**Sa. 21.06.2008, 19:00 Uhr**  
Sommerfest des Jazzclubs Hannover  
mit Traditional Jazz Club Allstars, Al-  
bie Donnellys Supercharge (Groove

und Rhythm n Blues), Dennis Frehses  
"427 Mass. Ave" und Eintritt frei!  
(<http://www.jazz-club.de>)

**So. 22.06.2008, 11:00 Uhr**  
Kinder und Jugendliche im Konzentra-  
tionslager Bergen-Belsen  
Führung mit Elke von Meding durch  
das Dokumentationszentrum und über  
das Gelände des ehemaligen Lagers  
Gedenkstätte Bergen-Belsen

**So. 22.06.2008, 14:00 Uhr**  
Häftlingszeichnungen in der neuen  
Dauerausstellung  
Rundgang mit Christian Wolpers  
Gedenkstätte Bergen-Belsen

**Sa. 28.06.2008, 21:00 Uhr**  
Punkkonzert  
Es spielen:  
Anfall [www.anfall-punk.de](http://www.anfall-punk.de)  
Abfluss [www.punkterror.de](http://www.punkterror.de)  
Anschiss  
Buntes Haus, Celle  
Hannoversche Straße 30f

**So. 29.06.2008, 11:00 Uhr**  
Augenzeugen  
Fotos, Filme und Zeitzeugenberichte in  
der neuen Dauerausstellung  
Rundgang mit Karin Theilen und Diana  
Gring

Gedenkstätte Bergen-Belsen

**Sa. 05. 07 2008, 11:00 Uhr**  
Ungarische Häftlinge im Konzentra-  
tionslager Bergen-Belsen  
Führung mit Stephanie Billib durch das  
Dokumentationszentrum und über das  
Gelände des ehemaligen Lagers  
Gedenkstätte Bergen-Belsen

**Fr. 25. und Sa. 26.07.2008**  
Südwinen-Festival - zum 12. Mal um-  
sonst & draußen, u.a. mit Big Daddy  
Wilson, Discord, Groovin Goblins,  
Klaus der Geiger, Tennentz Colombo,  
Tequila and the Sunrise Gang ... (mehr  
unter [www.suedwinen-festival.de](http://www.suedwinen-festival.de), dort  
Hinweise auf das neue Gelände!)

**So. 27. 07 2008, 14:00 Uhr**  
Einführung in die Teilausstellung zum  
DP-Camp  
Rundgang mit Dr. Thomas Rahe  
Gedenkstätte Bergen-Belsen

**Fr. - So. 1.- 3.08.2008**  
Fährmannsfest in Hannover - u.a. mit  
Terry Hoax, Letzte Instanz, Monsters  
of Liedermaking, Wohnraumhelden,  
Wisecracker u.v.a. mehr // Kostet  
mittelweile auch Eintritt, wohl aber nur  
so rund einen Zehner. (mehr unter  
<http://www.faehermannsfest.net>)

## TERMINE

### Fr. 8. und Sa. 9.08.2008

Altstadtfest in Celle - dieses Jahr wird man sich noch um den Eintritt drücken können - kann sein, dass man 2009 schon fünf Euro oder mehr abdrücken muss. Ob sich das aber lohnt? Zweifel können einem zumindest kommen, wenn man auf das diesjährige Programm schaut: King Family ("Carry Me Home"), Kim Frank ("Zwei Sommer"), Right Said Fred ("I'm too sexy"), Marcus ("Ich will Spaß") und Karat ("Über sieben Brücken") - Es wird von Jahr zu Jahr übler! (mehr unter [www.celle-vents.de/altstadtfest](http://www.celle-vents.de/altstadtfest))

### So. 10. 08 2008, 11:00 Uhr

Die Vertiefungsbereiche der neuen Dauerausstellung  
Einführung mit Bernd Horstmann  
Gedenkstätte Bergen-Belsen

### Sa. 16.08.2008

Bockpalast in Bockelskamp - über das Line-Up war bis Redaktionsschluss nichts zu erfahren!  
([www.bockpalast.de](http://www.bockpalast.de))

### Fr. 29. und Sa. 30.08.2008

Zytanien - Line Up 2008: zion train, sheik yerbouti, 10 rue d'la madeleine, rico loop, dub spencer & trance hill, luis und laserpower, chuntin kings & friends, rasayana, alin coen, bomtrack, weltraum, trennfrequenz. Das kostet ja nun auch rund 20 Euro - das Festivalgelände liegt ziemlich in der Mitte zwischen Lehrte und Immensen. ([www.zytanien.de](http://www.zytanien.de))

### Sa. 6.09.2008

Blues in Lehrte - mit Cracker & The Southside Girls (Hildesheim), Abi Wallenstein & Blues Culture feat. Steve Baker & Martin Röttger (HH), Blues Company & The Fabulous BC Horns (OS) sowie The Chargers (HH). - Nun ist Lehrte zwar auch draußen, aber nicht umsonst (Eintritt: 14 Euro, aber Kinder bis zu einer Größe von 150 cm haben freien Eintritt). Einlass ist ab 15 Uhr, Beginn des Festivals ist pünktlich um 16 Uhr. ([www.blues-in-lehrte.de](http://www.blues-in-lehrte.de)) ...

... und eventuell gibt es auch in Celle am 6. September noch eine Umsonst & Draußen-Überraschung!

### Das Ringelblum-Archiv im Warschauer Getto

Noch bis zum 24. Juli 2008 ist eine Wanderausstellung zum so genannten "Ringelblum-Archiv im Warschauer Getto" in der Synagoge zu sehen. "Oneg Schabbat" war der Tarnname für die Schriftsteller, Geistlichen, Lehrer und Sozialarbeiter um den Historiker Emanuel Ringelblum, die Dokumente des Lebens im Warschauer Ghetto sammelten. Ohne das Archiv, das die Gruppe "Oneg Schabbat" zusammengetragen hat, wüssten man nichts vom Leben der Juden dort, nichts über die 50 Ghetto-Zeitungen, die vier Theater, in denen die Eingeschlossenen für Stunden der Wirklichkeit entfliehen konnten, nichts über Waisenhäuser und Schulen, mit denen die Menschen sich eine Stück Menschlichkeit zurück eroberten. Auf bisher einmalige Art beschreibt die Sammlung jüdisches Alltagsleben im Warschauer Ghetto aus Sicht der Opfer. Herausgeber der Ausstellung ist Arbeit und Leben DGB/VHS NRW in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Historischen Institut Warschau.

Öffnungszeiten: Di. bis Do. 12 bis 17 Uhr, Fr. 9 bis 14 Uhr, So. 11 bis 16 Uhr

### Radio Nowhere?

Das Fachvokabular und Theorie war eher ein Nebenschauplatz beim Radioworkshop im Bunten Haus des Projekts "Radionowhere". Praxis war gefordert. Am Ende des Tages des Workshoptages sollte ein kleiner eigener Radiobeitrag stehen. Und es gelang. Das Ergebnis lässt sich unter [www.radionowhere.tk](http://www.radionowhere.tk) hören. Der AK Ausländer plant, in der interkulturellen Woche Ende September ein lokales Webradio an den Start zu bringen. Doch bisher ist die Resonanz eher durchwachsen. Wer Interesse an dem Projekt hat, sollte deshalb unbedingt zum Treffen am Montag, den 23. Juni, um 18 Uhr ins Urbanus Rhegius Haus, Fritzenwiese, kommen.

### Ständige Termine:

**Arbeitskreis "Eine Welt"**  
jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstrasse 29)

### Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr  
Sa: 10 -14 Uhr

### AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat  
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus,  
Fritzenwiese

### sic! - sozial in celle

Erwerbslosenberatung  
Je. Di. + Do., 14.30 - 17.00 Uhr  
Neustadt 23

### Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat  
19.30 Uhr in der Deutschen  
Angestellten Akademie,  
Spörckenstr. 63

### Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne  
hinten links Halle 12)  
Hannoversche Str 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

### Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

### Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

### Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

### KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

### Plenum

jeden Do. 19 Uhr

### Volxküche

jeden So. 18 Uhr

### Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr